This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

N 1653 W3

Was wollen, was können, was sollen...

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969

Die Deutschen im Donaureich.

1899.

Kronawetter.

521

Was wollen,

was können,

was sollen

die

Deutschen im Donaureich?

Beantwortet nach dem Rücktritte Thun's.

Wien 1899.

Druck und Verlag von Jos. Bayer & Comp., Wien, I. Wollzeile 25.

TME

„Der Erfolg ist der absolute Zweck der Politik."

„Der politische Erfolg beruht auf der Macht."

„Die innere Einigkeit einer politischen Persönlichkeit ist die erste Voraussetzung zur Macht."

„Die innere Einigkeit einer Partei beruht auf der Wahl einer Partei-Idee, welche allen Fractionen gemeinsam sein kann."

Ratzenhofer „Wesen und Zweck der Politik"
I. B. S. 47, 53, 56, 178.

JN1653
W3

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
Ein kurzer Rückblick	3
Ein Ueberblick auf die gegenwärtige politische Sachlage	21
Was nun?	41
Ausblick	45

Die Welt weiß es nicht und kümmert sich zu wenig um Oesterreich-Ungarn, um es zu wissen, daß dieses Staatswesen für den politischen Feinschmecker höchst interessant ist. Den meisten Staaten liegt irgend eine unbestrittene Nation zu Grunde, oder ein großer, durch die innere Macht der Productionsquellen gegebener volkswirthschaftlicher Grundzug, wie den Vereinigten Staaten. Da ist es sehr einfach, da vollzieht sich die staatliche Entwicklung in einer übersichtlichen Curve vom Auf- bis zum Niedergang, und in den Hauptzügen der Ereignisse bleibt alles im Rahmen des Voraussehbaren und Nothwendigen. Wie ganz anders im Donaureiche! Da scheint gar nichts voraussehbar; alles ist dem gewöhnlichen Politiker unwahrscheinlich, dem unbefangenen Fremden aber gänzlich unverständlich. Darum Staatskünstler, blickt her auf dieses Staatswesen; denn hier habt ihr die Welt in einer Duodezausgabe und könnt all' die Triebfedern verfolgen, die seit jeher Staaten gegründet und untergraben, Völker entwickelt haben und untergehen machten.

Die Ursachen dieser Erscheinungen liegen aber nicht offen zu Tage und werden durch die bloße Verfolgung der Tagesereignisse noch nicht erkennbar. Es ist die Kenntniß der geschichtlichen Grundlagen des Donaureiches, der staatsrechtlichen Verhältnisse und insbesondere eine richtige Beurtheilung der politischen Machtfactoren unerläßlich, um in dem wirren Getriebe der Parteikämpfe den nothwendigen Ueberblick zu erlangen. Diese Aufklärung kann jedoch nie aus der Presse und den einzelnen öffentlichen Kundgebungen gewonnen werden, weil alle diese Emanationen tief unter dem Eindrucke des Parteigetriebes stehen, welches im Donaureiche mehr als irgendwo, nicht auf unmittelbaren, sondern auf versteckten Beweggründen beruht.

Die Entwicklung vollzieht sich auch hier mit innerer Nothwendigkeit und entspringt aus der Wesenheit und den politischen Anlagen der einzelnen Factoren; diese Factoren werden aber im Donaureiche nach ihrem politischen Werthe zumeist falsch geschätzt. So treibt das Staatswesen unbewußt seinem Schicksale entgegen. Daß diese Ahnungslosigkeit gegenüber den Ursachen der Ereignisse bei einem complicirten Staatswesen in erhöhtem Maße nachtheilig wirkt, liegt in der Natur politischer Angelegenheiten. Eine Aufklärung über die Verhältnisse kann nur gewonnen werden, wenn man sich bemüht, sein Urtheil möglichst strenge aus Thatsachen abzuleiten. —

Wir gelangen am raschesten zu einem vorläufigen Verständniß der absonderlichen Verhältnisse des Donaureiches, wenn wir der rauschenden Feste gedenken, welche Ungarn vor drei Jahren zur tausendjährigen Erinnerung an die Landnahme durch Arpad begieng, und dem gegenüber beachten, daß es unter den Gründern Oesterreichs, unter den Deutschen, Niemandem eingefallen ist, der Errichtung der Ostmark durch Karl den Großen vor elfhundert Jahren (798) auch nur zu gedenken, obwohl dies ein geschichtliches Ereigniß von civilisatorisch ganz anderer Bedeutung war, als der Einbruch der Magyaren ins Donaugebiet. Wir sehen hier eine altbewährte Staatsidee an der politischen Unfähigkeit ihrer Träger untergehen und an deren Stelle eine neue, durch die politische Klugheit eines kleinen Volksstammes erstehen. Dieses Beispiel von einem Volke, das sich selbst aufgibt und von einem anderen, das sich aus unscheinbarer civilisatorischer Kraft heraus an dessen Stelle setzt, ist in der Geschichte ohne gleichen. Besonders merkwürdig ist es, daß der emporstrebende Volksstamm eigentlich für das Reich, an dessen Spitze er tritt, weder cultuell noch kriegerisch Nennenswerthes geleistet, vielmehr dessen Entwicklung zur heutigen Bedeutung zumeist gestört hat. Wir beobachten, wie sich dieser Stamm fremde, durch Ströme von Blut und Geld erworbene Anrechte nur durch Worte schrittweise aneignet. Wir sehen also an diesem lehrreichen Beispiele, wie geschichtliche Bestimmung und überlegene Cultur nichts bedeuten, wenn sie mit dem Mangel jedes staatlichen und politischen Sinnes gepaart sind.

Wir werden sehen, daß dieses Urtheil die Signatur der ganzen Entwicklung des Donaureiches ist, und daß in den Anlagen der beiden Volksstämme der Keim aller jener Ereignisse wurzelt, welche den Niedergang Deutsch-Oesterreichs herbeiführen und Ungarn emporheben, um endlich das Ganze den Consequenzen dieser verkehrten Entwicklungsweise zu überantworten.

Ein kurzer Rückblick.

Die Beziehungen der Länder des ehemaligen Deutschen Reiches und des Deutschen Bundes zu Ungarn waren von Anbeginn das bewegende Princip in der Entwicklung des Donaureiches, und wenn man sich auch jetzt in Folge des Staats-Dualismus gewöhnt hat, die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder selbständig gegenüber Ungarn in's Auge zu fassen, so ändert dies doch nichts an der Erfahrung, daß das Schicksal diese beiden Ländergruppen schwer lösbar aneinander gekettet hat, daß der Untergang Oesterreichs jenen Ungarns nach sich ziehen würde. Wir lernen dies nicht blos aus der Vergangenheit, wir fühlen es auch heute, weil, trotz aller Betonung der Selbständigkeit von ungarischer Seite, die Wechselbeziehungen der beiden Reichstheile der Angelpunkt aller Zwischenfälle und Wirrnisse im Donaureiche sind.

Die Ostmark wurde gegründet und wuchs gemäß ihrer Bestimmung als Schutzwehr Deutschlands zuerst gegen die Avaren, dann gegen die Magyaren.

Nun darf man aber nicht glauben, daß dieser ursprüngliche Gegensatz zwischen der deutschen Ostmark und den Bewohnern des Donautieflandes derselbe ist, der sich noch heute zwischen den Reichshälften geltend macht. Die großen Umwälzungen in Ost-Europa haben vielmehr die Sachlage derart umgestaltet, daß der Grundgedanke der Ostmark blieb, während ihre Gegner wechselten. Als nämlich die Türken das Donaugebiet bedrohten und sodann auch zum Theil unterwarfen, gieng der Beruf der Ostmark auf Ungarn über; die deutsche Ostmark aber wurde zu dessen natürlichem Verbündeten. Alle dynastischen, kriegerischen und überhaupt politischen Wechselbeziehungen, welche sich unter den

ungarischen Königen aus dem Hause Anjou, Luxemburg und dem der Jagellonen zu den Habsburgern ergaben, sowie das Aufleuchten der Hunyaden wurzeln in dieser Bestimmung der Ostmark, respective Ungarns. Letzteres war nun seiner europäischen Aufgabe selbständig nicht gewachsen, wurde aber auch von den zur Mitwirkung am Kampfe Berufenen, von den habsburgischen Erbländern und von Böhmen nicht hinlänglich unterstützt. So kam es, was jeder Geschichtskundige weiß, daß das ungarische Reich 1526 in den Sümpfen bei Mohacz endete. Die Ungarn besaßen nicht die Kraft, sich aus der türkischen Unterjochung zu erheben, darum wählten sie den Bruder des mächtigsten Herrschers jener Zeit zu ihrem Könige.

Schon hierin zeigt sich der Grundzug jener Politik, der Ungarn mit so großem Erfolge treu blieb. Es überwälzte auf fremde Schultern eine Würde, welche zunächst nur Pflichten brachte und auch für die Zukunft nur so viele Vortheile versprach, als sich der neue König mit seiner Hausmacht selbst erobern würde. Durch die Wahl und ihre Inauguralbedingungen sicherten sich die ungarischen Stände Freiheiten, die in dem von Türken unterjochten Lande keinen Werth hatten, und deren Ausübung der König den Ungarn erst im Kampfe gegen die Türken ermöglichen mußte. Wir sehen also: schon damals fehlte der andere Paciscent, welcher den Ungarn sagte: „Ganz wohl, wir werden Euch von den Türken befreien; was werdet Ihr uns dafür bieten?“ — Dieser Paciscent, das wären die Erbländer, vielleicht auch Deutschland gewesen, hatte aber keine Stimme; er machte nie sein Interesse geltend. —

Hier darf man nicht etwa sagen, daß die Ungarn durch ihre Verfassung im Vortheile waren; auch die einzelnen Erbländer hatten ihre Stände und Landtage, ja es traten mehrfach auch Generallandtage zusammen; aber in keinem derselben machte sich etwas anderes, als das gewöhnliche Gravaminal-Wesen gegen den Kaiser geltend. In den deutschen Erbländern gab es nicht das leiseste Verständniß für größere politische Zwecke; war ja doch deren Einheit nur im Herrscherhaus, aber noch nicht in der Person des Monarchen hergestellt. Kleinliche Provinzial-

Interessen, vor allem aber der confessionelle Hader machten diese Länder, ebenso wie Deutschland überhaupt blind für jedes größere Machtinteresse.

Hätten die Erbländer eine staatsbildende Kraft gehabt, so wären sie hinter ihrer Dynastie anregend gestanden, um aus der Vertreibung der Türken Nutzen zu ziehen, so wie zum Beispiel später die Russen und andere Nationen; das Haus Habsburg würde auf den Titel des Königs von Ungarn verzichtet und in dem Maße ungarisches Gebiet mit den Erbländern vereinigt haben, als die Türken zurückweichen mußten. Zu dieser Absicht konnte die historische Erinnerung, daß die Ostmark ursprünglich bis Ofen reichte, Friedrich der Streitbare und Kaiser Friedrich III ungarisches Gebiet im Besitz gehabt hatten, und der Umstand einladen, daß das Land rechts der Donau und links bis an die Eipel vielfach deutsch war und Ungarn überhaupt zahlreiche deutsche Ansiedlungen enthielt. Aus dieser einfachen Eroberung hätten sich ganz andere Verhältnisse zu dem ehemaligen Ungarn ergeben. Weil aber die habsburgische Dynastie auf sich selbst angewiesen war und weder von den Erbländern, noch von Deutschland politische Impulse erfuhr, erstrebte sie die Herrschaft über Ungarn und dessen Angliederung an ihre Monarchie auf Grund historischer Rechte. In diesem Grundzuge der das Donaureich entwickelnden Beweggründe wurzeln die heutigen Zustände. —

Es ist eine durch Geschichtslügen anerzogene Meinung, daß Herrscherhäuser etwas Anderes vermögen, als was mit dem Wesen ihrer Völker gegeben ist; jeder Monarch kann nur das ausführen, wozu ihm aus seinem Staatswesen Antrieb und Kraft erwächst. Im Donaureiche fehlte nun stets der staatsbildende Machtfactor, der in anderen Staaten in einem zielbewußten Stammlande, so z. B. für Preußen in den Marken gefunden wurde. Im Donaureiche sind die Gründer des Staatswesens, die Deutschen, bis zur Indolenz, ja sogar bis zur Unsittlichkeit politisch unfähig. Die Dynastie gewann aus ihren deutschen Erbländern nie die geringste Anregung zur Entwicklung eines organisirten Staatswesens; nirgends und bei Niemandem machte sich,

— wie sonst bei anderen Völkern — ein staatenbildender Beruf geltend. Im Gegentheile: die Dynastie machte oft, und manchmal sogar nachdrücklichst, staatsbildende Anläufe, wobei sie gewöhnlich von Nichtdeutschen vollbewußten Widerstand erfuhr, aber nie eine Unterstützung seitens der Deutschen fand; vielmehr wurde sie, wie wir sehen werden, von den Deutschen in der Durchführung ihrer Absichten stets gehindert, ja sogar bis zur Gewaltthat bekämpft. Und so ist es heute noch.

Als die Kriegsvölker des Hauses Habsburg, unterstützt von vielen Mächten Europa's, besonders von deutschen Fürsten — weil die „Türkengefahr" äußerlich eine religiöse Angelegenheit war — auf den Schlachtfeldern von St. Gotthardt, Wien, Gran, Ofen, Mohacs, Slankamen, Zenta, Peterwardein und Belgrad die Türkenmacht gebrochen hatten, erstand von selbst das alte Königreich Ungarn, denn *sein* König hatte es ja vom Feinde befreit. Niemandem fiel es ein, das Eroberungsrecht geltend zu machen. Das deutsche Blut, das für Ungarns Befreiung geflossen war, erweckte in den Erbländern nicht die geringste politische Aspiration. Die Herrschaftsneigungen kaiserlicher Regierungsmänner und Generale in Ungarn waren keineswegs stadtliche Organisationsversuche, sondern nur ihre Verwaltungsmanier, welche damals am ganzen Continente nicht anders war und sich daher mit den ungarischen Freiheiten umsoweniger vertrug, als jene Männer nicht einsahen, wieso man mit einem eroberten Lande, das noch dazu gegen die Eroberer vielfach mit dem Feinde conspirirt hatte, besonders glimpflich umgehen sollte. Die Ungarn hingegen fürchteten bei ihrem scharfen politischen Instincte mit Recht, daß aus der Eroberung ihre politische Unterwerfung werden könnte. Daher hatten sie sich bei der Vertreibung der Türken sehr zurückhaltend gezeigt, und was hiebei magyarisches Blut floß, ist nicht der Rede werth. Die wenigen „National"-helden, Jurisitsch und Zrinyi, waren Kroaten. Hingegen machten sich die verschiedensten Bestrebungen geltend, den mit Mißtrauen betrachteten Habsburgern Gegenkönige mit Hilfe der Pforte entgegenzustellen. Kaum daß der Reichstag im Gesetzartikel II vom *Jahre 1687 die* „ruhmvollen Waffen" des Kaisers dankbarst ge-

priesen hatte, erhob sich Ungarn unter dem Eindrucke der nachtheiligen Kriegslage von 1703 zum heftigsten Abfalle. „Es brechen auf die alten Wunden Ungarns", beginnt Franz II. Rakoczy's Manifest, welches das Volk zu den Waffen rief: „um lieber zu sterben, als unserer Nachkommenschaft ein unerträgliches Joch zu vererben."

Wir wollen die Thatsachen des angeblichen politischen Druckes nicht näher untersuchen, müssen aber constatiren, daß von Niemandem mehr als von deutschen Zungen und Federn die „Blutgerichte von Eperies", der „Bluthund Caraffa" u. a. m. verurtheilt wurden, obgleich ein politischer Instinct ihnen gesagt hätte, daß in ihrem und im allgemeinen staatlichen Interesse magyarische Erhebungen gegen die habsburgische Herrschaft unterdrückt wurden. Dies verlangte schon allein die „Türkengefahr".

Die pragmatische Sanction, das Lebenswerk Karl VI., stand nicht nur im Widerspruche zu der Erbfolge-Ordnung Leopold I. (pactum mutuae successionis 12. September 1703), sondern auch zum politischen Interesse der Deutschen; für sie wäre es wünschenswerth gewesen, daß die Töchter Josef I. an der Erbfolge blieben, weil diese, als vermählte Kurfürstinnen von Sachsen und Bayern, das Gewicht der Deutschen vermehrt hätten. Thatsächlich kümmerten sich aber die Deutschen um die ganze Angelegenheit gar nicht. Vor Allen trat initiativ Kroatien mit dem Wunsche auf, bei der Erbfolge mit Innerösterreich vereint zu bleiben, und als in Folge dessen Ungarn vom Kaiser in Betracht gezogen werden mußte, erklärte sich die Palatinalconferenz vom 8. Juni 1712 mit der Erbfolge der Töchter Karl's nur unter der Bedingung für einverstanden, daß der Realverband aller Erbländer durch eine Art Erbverbrüderung derselben gesichert und das Wehrwesen gegen die Osmanen gemeinsam geregelt würde. Beachten wir, daß damals die Türken noch im Banat standen, die Ungarn also Diejenigen waren, welche an der Realunion und der Herstellung einer Gemeinsamkeit in den militärischen Angelegenheiten am lebendigsten interessirt waren. Beachten wir aber auch unter Hinblick auf die

ruhmreiche Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges, was diese Bereitwilligkeit unter den Ungarn für die gesammtstaatliche Entwicklung des Donaureiches hätte bedeuten können! —

Die deutschen Regierungsmänner hatten aber keine Ahnung von dieser Bedeutung. Und daß in dieser politischen Unfähigkeit die dem Hofe zunächst stehenden Kreise im deutschen Volke nicht allein standen, das zeigt das klägliche Verhalten aller erbländischen Stände, als von ihnen 1720 eine Genehmigung des Erbfolge-Hausgesetzes vom 19. April 1713 verlangt wurde: Sie zeigten sich in der Sache völlig unorientirt und politisch indolent; sie reclamirten auch bei dieser Gelegenheit nur ihre alten „Freiheiten", ja manche von ihnen, Böhmen*) an der Spitze, wußten nichts Wichtigeres, als die unbedingte Sicherung der katholischen Prärogative zu fordern. Für die Bedeutung der Realunion im Interesse deutscher Herrschaft hatten sie nicht das geringste Verständniß. Die Ungarn hatten freilich seit den Schlachten von Peterwardein und Belgrad und dem Frieden von Passarowitz keinen Grund mehr, auf die reale Gemeinschaft mit den deutschen Ländern großes Gewicht zu legen; der Kaiser hatte ja ihr Schäfchen schon in's Trockene gebracht, und so kam es auf dem wichtigen Reichstage zu Preßburg (Gesetz-Artikel I von 1722/23) zu nichts Entscheidendem in dieser Richtung: Von der Realunion verlautete nichts oder wenig, und das Endresultat war eine neue und nachhaltige Kräftigung von Ungarns staatsrechtlicher Selbständigkeit. Man sage nicht, daß die damaligen Stände der Erbländer vermöge ihrer Zusammensetzung nicht die Eignung für eine nationale Entwicklung hatten; zu derselben Zeit fand sich ja bei Ungarn und Kroaten diese Eignung in hohem Grade, und sogar der krainerische Landtag brachte durch seine Forderung eines dauernden Zusammenhanges mit Kroatien (!) vollbewußt die nationalen Beziehungen zur Geltung. Nur bei den deutschen Ständen war nationale Indolenz und staatliche Unfähigkeit von jeher die Charakteristik. Als Beispiel hiefür können wir die Be-

*) Die böhmischen Stände waren damals unter der Nachwirkung der *Schlacht „am weißen Berge"* und der Gegenreformation ganz deutsch gesinnt.

rathungen in der Tiroler Landstube hinstellen, wo man den Inhalt der pragmatischen Sanction erst auf seine Uebereinstimmung mit den Constitutionen der Päpste prüfen wollte. Man beklagte hier bitter, daß man die Aussicht auf eigene Tiroler Landesfürsten nunmehr für immer aufgeben sollte, und erbat sich wenigstens einen recht unabhängigen Statthalter!

So abgeschwächt also auch ihr Inhalt war, thatsächlich gieng doch aus der pragmatischen Sanction die Realunion aller Länder Habsburgs, also der Ursprung des österreichischen Staatsrechtes hervor. An den Nationen war es, seiner Entwicklung die entsprechende Richtung zu geben. Jede Nation machte sich mehr oder weniger geltend; die Ungarn, welche ihr reales Interesse am Donaureiche hiebei unzweideutig manifestirt hatten, sind die eigentlichen Schöpfer der Realunion; sie verstanden es aber auch, trotz der Fraglichkeit der moralischen Berechtigung ihrer Ansprüche ihrer künftigen nationalen Entwicklung eine solide Basis zu schaffen. Nur die Gründer des Staatswesens wußten aus der Sachlage keinen nationalen oder staatlichen Nutzen zu ziehen. Die einzige Spur eines nationalen Empfindens zeigte sich gelegentlich der Wahl eines Gemahls für die Thronfolgerin, indem die öffentliche Meinung in Wien, Grätz und Böhmen für den Kurprinzen von Bayern gegen Franz von Lothringen eintrat.

Beim Tode Karl VI. standen die habsburgischen Länder hart vor dem Uebergange zum selbständigen Staatswesen. Die Ungarn, Kroaten, Slovenen, Italiener und Niederländer erkannten sehr gut, daß die Vererbung an die weibliche Linie, also die Ausübung der Herrschaft durch Maria Theresia, den uralten Zusammenhang mit Deutschland lockern werde, wodurch die Monarchie als besonderes Staatsgebilde hervortritt. Nur die Deutschen sahen nichts, als ihre engsten Localinteressen.

Mit Maria Theresia ersteht nun wirklich das Donaureich unter schweren Kämpfen. Es ist nur die ahnende Empfindung der Völker für das Werden ihres nothwendigen Staatswesens, was sie zu jenen Anstrengungen vermochte, welche die Absichten der feindlichen Mächte überwiegend zunichte werden ließen.

Maria Theresia war intuitiv befähigt, die Eigenart ihres

Staates zu erfassen, und wußte, wenn auch nicht staatsrechtlich, so doch administrativ die Centralgewalt mit deutschem Grundzuge herzustellen. Ihr ist es zu danken, daß unter den Deutschen ein Oesterreicherthum entstand, dem aber leider nur die hervorragendsten Köpfe angehörten, während die Massen des Volkes stumpfsinnig blieben, und auch die deutschen Amtspersonen sich nur ausnahmsweise über die Eigenschaft eines Dieners der Krone zu jener eines Dieners des Staates erhoben.

Josef II. war der erste Regent im Donaureiche, welcher den Deutschen bewußt einen politischen und culturellen Beruf beimaß. Er wurde eine Idealgestalt für die deutschen Erbländer, aber weniger wegen seiner germanisatorischen und centralistischen Regierungshandlungen, als wegen seiner Toleranz und Volksthümlichkeit. Als er in der Wiener Hofburg verschied, herrschte Unzufriedenheit auch unter den Deutschen, und nirgends zeigte sich unter ihnen die Spur einer politischen Bewegung, welche sein System, das die deutsche Führung zum Grundzuge hatte, gestützt hätte. An dieser geschichtlichen Thatsache ändert es nichts, daß die Deutschen Oesterreichs heute über Josef's Politik anders urtheilen, und zwar umso weniger, als sie die richtige Lehre aus jener Epoche auch heute noch nicht gezogen haben.

Der allgemeine Fortschritt im Handel und Verkehr hatte unter Maria Theresia, Josef II. und Franz I. eine außerordentliche Ausbreitung der deutschen Cultur im Donaureiche zur Folge. Die deutsche Sprache wurde allseits zur Verkehrssprache und die deutschen Unterrichtsanstalten vermehrten sich unausgesetzt. Die Regierung amtirte überwiegend deutsch, insoferne nicht die ungarischen Regierungsacte das Lateinische forderten. Man sprach deutsch in Prag, Lemberg, Pest, Agram, Triest; man verstand es an den Donaumündungen und auf der Balkanhalbinsel. Kurz, es war die große Zeit, wo der Beruf der Deutsch-Oesterreicher als Gründer des Donaureiches lebendig hervortrat; die übrigen Volksstämme hatten ihre Sprachen noch nicht den Verkehrsforderungen entsprechend entwickelt, und die ständische Politik hatte die Bedeutung der Sprache als Mittel zur Macht noch nicht begriffen. Da war es also im sichtbarsten Interesse der Deutschen

als solche und als Oesterreicher, der Staatsentwicklung den höchsten Nachdruck zu geben. Was jedoch thaten sie wirklich? — Der deutsche Stamm trieb zu dieser Zeit die herrlichsten Blüthen der Dicht- und Tonkunst, welche von den anderen Nationen des Donaureiches nicht annähernd erreicht wurden. Aber auf politischem Gebiete war der Deutsche harmlos und in staatlicher Hinsicht gesinnungslos. Nörgelnde Unzufriedenheit und Localzank waren der Inhalt der öffentlichen Meinung, während der deutsche Beamtenstand und besonders der deutsche Adel, der regierte, weder eine nationale, noch eine staatsfördernde Gesinnung hatten. Metternich hatte keine Ahnung von dem Berufe Oesterreichs im Orient; seine ganze Staatskunst bestand in der Stauung der Entwicklung; denn er war vor Allem Aristokrat. Wohl machte sich der sogenannte josefinische Geist im intelligentesten Theile der Deutschen geltend, aber nur nebensächlich als Staatsgefühl, sondern vorwiegend als Neigung für die Aufklärung, welche die französische Revolution gezeitigt hatte.

Die wesentlichste Wirkung dieser Aufklärung war aber für das Donaureich die Erweckung oder Kräftigung des nationalen Geistes auf demokratischer Grundlage. Die nichtdeutschen Nationalitäten steigerten ihr Streben rasch bis zum Chauvinismus, und nur nebenbei dachten sie auch an Menschenrechte. Die Deutschen hingegen hatten vorwiegend diese, die Verminderung staatlichen Druckes im Sinne der Staatstheorien eines Wilhelm von Humboldt und Welcker und nur vereinzelt unter der Jugend ihre nationale Stellung im Sinne.

Die Wirkungen der Umsturzbewegungen des Jahres 1848 entsprachen auch diesen Anlagen der einzelnen Völker. Kräftig tritt das Slaventhum hervor und legt das Schwergewicht auf eine Föderativgestaltung des Reiches; die Zerreißung jedes bisherigen Verbandes, sowohl in der Westhälfte, als auch in Ungarn, ist sein Ziel, um allerorts die Slaven zur Stimme kommen zu lassen. (Palacky's acht nationale Landesgruppen und Ostrozinsky's föderalistische Constitution.) Das Donaureich war und blieb den Slaven der Rahmen für ihre Nationalwünsche, welchen sich seine staatliche Entwicklung anpassen sollte. Umsomehr war der Augen-

blick gekommen, daß die Gründer des Reiches lebendigen Antheil an deſſen Neugeſtaltung im deutſchen Sinne genommen hätten; beſonders als Ungarn niedergeworfen war, trat eine nie wiederkehrende Gunſt der politiſchen Sachlage dafür ein, die Stütze für den Neuaufbau des Reiches zu ſein. Was aber ſehen wir? Schon das Verhalten der Deutſchen in den Umſturzereigniſſen ſchloß die Möglichkeit aus, daß ſie den Kern des Geſammtſtaates bilden könnten. Der mit dem nationalen Gedanken in keinem Widerſpruche ſtehende Beruf, der Mittelpunkt der öſterreichiſchen Völker zu ſein, und der nationale Gedanke ſelbſt traten weit zurück gegenüber den principiellen Fragen der Politik. Die landläufigen Schlagworte des freiheitlichen Fortſchrittes beherrſchten derart die öffentliche Meinung, daß die Frage der Staatsgeſtaltung jede Bedeutung in den Augen der Deutſchen verlor.

Ich möchte nicht mißverſtanden werden, als hätte ich die Anſicht, daß nach einem Regime Metternich nicht die fortſchrittliche Entwicklung geboten war. Das ſtrebten ja auch alle übrigen Nationalitäten an, und ſie war der Hauptſache nach durch Eröffnung einer conſtitutionellen Regierung geſichert. Im Leben der Menſchen und Völker handelt es ſich immer darum, was man vor allem erſtrebt; iſt das Hauptziel richtig gewählt, dann erreicht man mit dieſem auch die Nebenabſichten. Ein Vergleich mit dem ungariſchen Umſturz zeigt ſofort die Meiſter der Politik. Auch in Ungarn iſt die Umſturzbewegung demokratiſch, und die Verfaſſung von 1847/48 bahnt alle freiheitlichen Fortſchritte an, welche auch die freiſinnigen Deutſchen im Auge hatten; dieſe Momente traten aber vor den nationalen und ſtaatsrechtlichen Angelegenheiten in den Hintergrund; denn die Ungarn fühlten ſehr richtig, daß mit ihrer nationalen Proſperität das freiheitliche Princip von ſelbſt geſichert iſt. Da die Ungarn ſtets auf einer politiſchen Grundlage ſtehen, welche auch die Landeskirche und der Adel anerkennen, werden dieſe Factoren des öffentlichen Lebens bei ihnen nicht ausgeſchieden, ſondern ſie wirken an der ſtaatlichen Entwicklung — wie wir ja auch heute ſehen — regulierend mit und fügen ſich ſogar einem Princip, welches *eigentlich ihrem* Intereſſe widerſpricht. Daß die fortſchrittlichen

Deutschen diese politische Lehre nicht verstehen, und die Mitwirkung wichtiger Factoren des staatlichen Lebens — Hof, Adel, Clerus, Militär 2c. — innerhalb ihrer politischen Actionen perhorresciren, und sich dieselben stets zu Feinden machen: das ist die auffälligste Veranlassung ihrer Mißerfolge und des Mißlingens der fortschrittlichen Entwicklung selbst.

Noch mehr als bei den Ungarn tritt der Verzicht auf principielle Wünsche bei den Slaven hervor, welche sich überhaupt nur um das System des erwünschten Staates kümmern und hierin mit Clerus und Adel in Uebereinstimmung handeln.

Dadurch, daß sich die Deutschen vorwiegend mit freisinnigen principiellen Grundrechten beschäftigten, brachten sie von Haus aus in den politischen Kampf des Jahres 1848 eine tiefe Zerfahrenheit, welcher das Reich noch heute verfallen ist. Alle Nuancen des politischen Princips, vom schwärzesten Rückschritt der Tiroler Clericalen bis zum rothesten Radicalismus eines Violand und Füster, zerspalteten die Deutschen, und zwar unheilbar, weil ihnen der gemeinsame Boden nationaler Begeisterung und des staatsbildenden Berufes fehlte.

Weil die deutschen Parteien überwiegend das Staatsinteresse zurückstellten, ohne anderseits national stark zu sein, waren gerade sie zur Zeit des Thronwechsels eine wesentliche Ursache, daß im Schoße der Regierung blos jene Stimmen zur Geltung kamen, welche die Reaction als ihr Partei-Interesse ansehen: Adel und Kirche. Die Besiegung von Erhebungen mit Waffengewalt ist ohnehin der stets erwünschte Anlaß, Freiheiten zu brechen. Wenn nun Diejenigen, welche solche Freiheiten wünschen, auch noch keine Stützen des siegenden Staatswesens sein wollen, da ist es kein Wunder, wenn die Reaction triumphirt. Diese politische Wesenheit der Deutschen, ja sogar die verhängnißvolle Thronverlustig-Erklärung des Debrecziner Reichstages sind wohl keine Entschuldigung für die staatsmännische Unklugheit des folgenden Absolutismus, aber eine Erklärung.

Wer jubelte Kossuth's entgegen und feierte die Siege der Ungarn? — Die Deutschen, besonders die Wiener in ihrem gänzlichen Unverständniß dafür, daß ihr nationales, wirthschaft-

liches und staatliches Gedeihen im Gegensatz zur Unabhängigkeit Ungarns steht.

Das größte Weh, das Oesterreich je erfuhr, war der russische Hilfszug zur Niederwerfung der ungarischen Kriegserhebung; denn hiedurch wurde scheinbar der Beweis erbracht, daß Oesterreich aus eigener Kraft Ungarn nicht zu unterwerfen vermocht hätte. Es ist aber erwiesen, daß Ungarn durch Haynau besiegt wurde, und nach Novara hätte im schlimmsten Falle Radetzky einem weiteren Widerstande ein baldiges Ende bereitet. Während der Held des Wortes, Kossuth, floh, vollführte der Held der That, Görgey, jenen staatsmännischen Schritt, aus welchem Ungarn die moralische Kraft zur Wiederaufrichtung schöpfte: er entzog sich durch kluge Manöver der österreichischen Umklammerung und ergab sich bei Vilagos den Russen. Die Worte Paskiewitsch: „Ungarn liegt Euer Majestät zu Füßen", raubten allen Anstrengungen der k. k. Armee den politischen Erfolg. Nicolaus I. hatte seinen Zweck erreicht; die Theilnahme Rußlands an Ungarns Unterwerfung wurde zur Quelle einer dauernden politischen Krankheit des Donaureiches. Den Lohn erntete er schon 1854, indem Oesterreich zu matt, innerlich zu desorganisirt war, um in der orientalischen Frage seiner Bestimmung gemäß aufzutreten und Rußland von der Donau zurückzuwerfen. Diese russische Invasion aber konnten Windischgrätz und Schwarzenberg aus ihrem reactionären Gesichtspunkte, mit Verleugnung des österreichischen Staatsgefühles darum herbeiführen, weil die Westhälfte und besonders die Deutschen aus ihrem demokratischen Gesichtspunkte, ebenso unter Verleugnung des Staatsgefühles mit den Magyaren sympathisirten, während des ungarischen Krieges in Kremsier über Grundrechte phantasirten und der Krone das Vertrauen geraubt hatten, im eigenen Staatswesen die Mittel zur Rettung zu finden.

Wer glaubt wohl, daß sich ein Magyare um principieller Fragen der Westhälfte willen auch nur den kleinsten Vortheil für seinen Staat entgehen ließe?! Jeder ungarische Aristokrat stimmt mit jedem ungarischen Liberalen in den Fragen der großen Politik überein. Dies bethätigt sich heute bei der Erneuerung des Ausgleiches im Wege des § 14.

Während Rüstow den Deutschen Haynau (vor 1866) den bedeutendsten Feldherrn der nachnapoleonischen Zeit nennt, sieht die öffentliche Meinung der Deutschen in ihm noch heute die „Hyäne von Brescia", obgleich es offenkundig ist, daß die Brescianer die Hyänen und er nur der rücksichtslose Rächer ihrer Schandthaten war, — oder den „Henker von Arad", obgleich die Deutschen am wenigsten Grund haben, die ungarische Erhebung in Schutz zu nehmen. Wer hat wohl je gehört, daß Franzosen z. B. Turenne die Verwüstung der Rheinlande zum Vorwurf machten; für sie ist er nur der große Feldherr. —

Der Absolutismus der Jahre 1851—61 war ein Gemisch von Josefinismus mit Clericalismus. Wohl ist der Haß der Ungarn, der Polen und der Italiener und in der weiteren Entwicklung der Dinge auch jener der übrigen Slaven und der Rumänen gegen die Männer dieser Regierungsform erklärlich; denn sie hatte es auf deren politische Vernichtung abgesehen. Wieso aber die Deutschen dazu kamen, Bach und Bruck mit so unbedingtem Hasse zu betrachten, der in gewissen Kreisen jenem der Ungarn nahekam, das ist weder aus dem deutschnationalen noch aus dem österreichischen Gesichtspunkte verständlich, sondern nur aus dem des damals erstehenden Liberalismus. Dieser Liberalismus fügte dem schon früher herrschenden staatsfeindlichen Freisinn, nebst steigender Abneigung gegen die Kirche, die manchesterliche Ansicht über die Volkswirthschaft bei.

Der Deutsch-Oesterreicher hätte damals keine wichtigere Frage haben sollen, als wie sich aus dem besiegten Umsturz der Staat zu Gunsten seiner Nation erheben werde. Der Absolutismus centralisirte und germanisirte; es wäre daher Sache aller Deutschen gewesen, der Regierung, unter dem Ausdrucke des Wunsches nach Herstellung der Verfassung, Vertrauen entgegen zu bringen; jede andere Nationalität hätte dies in gleicher Lage gethan. Thatsächlich aber bewegte die Deutschen die Reorganisirung des Staates wenig; ebenso gleichgiltig standen sie der das Donaureich [illegible]ar schädigenden äußeren Politik gegenüber. Dafür aber warfen sie sich leidenschaftlich in den *Kampf gegen oder* für das Concordat.

Wir stehen hiemit vor einem der verhängnißvollsten Staatsacte der neuesten Geschichte des Donaureiches; doppelt verhängnißvoll, weil das Concordat nicht blos Oesterreichs Gedeihen und Ansehen schwer schädigte, sondern auch, weil es den ohnehin schwächlichen politischen, nationalen und staatlichen Sinn der Deutschen einer gesteigerten Zerklüftung zuführte. Dieser tiefgehendste Gegensatz im österreichischen Deutschthum ist die Quelle trauriger, noch tieferer Zerwürfnisse geworden. Die wachsende Abneigung der freisinnigen Deutschen gegen die kirchliche Politik einerseits, und ihre geringe politische Begabung anderseits, brachte die Presse vorwiegend in die Hände der Juden.*) Als gewandte Journalisten verstanden es diese natürlich am besten, eine Staatspolitik zu bekämpfen, die vor allem ihren Interessen widersprach; weil nun die Deutschliberalen ebenfalls vorwiegend principielle Politik betrieben, wurde die Judenpresse zum Organ der öffentlichen Meinung und hatte in Kurzem die politische Führung der Deutschen erlangt. Wenn auch die meisten Juden aus cultureller und politischer Uebereinstimmung überzeugte Anhänger der liberalen Deutsch-Oesterreicher sind, so kämpfen sie doch vor allem für die allseitige Befreiung von jedem Zwange, was das Lebenselement jüdischen Gedeihens ist. Die Juden kämpfen daher auch mit besonderer Begeisterung gegen die römische Kirche, aber auch gegen alle agrarischen Interessen und zwar mit voller Zustimmung aller fortschrittlichen Deutschen, aber auch ohne Rücksicht auf das nationale und staatliche Interesse derselben. Also weil diese führenden Preßorgane nur nebensächlich national und staatlich gesinnt waren, entstand jene tiefe Kluft innerhalb der Deutschen, welche noch auf lange deren nationale Einigkeit unterbindet, jener bis zur höchsten Leidenschaft ausartende Gegensatz zwischen den clericalen und liberalen Deutschen,

*) Es ist nicht länger möglich, die Juden als integrirende Theile der verschiedenen Nationalitäten, am wenigsten der deutschen anzusehen. Denn sie treten in Folge des Antisemitismus bereits selbst als Nationalität auf und waren überhaupt stets ein wirthschaftlicher Gesellschaftsverband, dessen Fraction *in* jedem Staate jeweils jene Politik verfolgt, die ihr interessengemäß erscheint.

zwischen Capital und Bürgerthum, zwischen den Alpen- und Sudetenländern.

Unter solchen Umständen war es nicht anders möglich, als daß der Absolutismus, dem selbst die einzigen bedingungsweisen Mitinteressenten feindlich gegenüberstanden, dem schwersten Mißerfolge entgegenreifte. So kam es, daß nicht blos die unbefriedigten Nationalitäten, sondern auch die Deutsch-Oesterreicher überwiegend die Niederlagen Oesterreichs in Italien kühl aufnahmen und den Verfall des Systems begrüßten. Dieses System war gewiß verfehlt und unzeitgemäß, aber es bleibt doch eine höchst bedenkliche Erscheinung, daß die Gründer des Reiches schadenfroh dessen Niederwerfung durch äußere Feinde über sich ergehen ließen, ein Umstand, welcher in das politische Denken der Deutschen, wie sich später zeigte, vergiftend eingriff.

Trotz all' dieser negativen Erscheinungen überwand die im Staatswesen noch lebende Nachwirkung des josefinischen Geistes und die natürliche Neigung der meisten Deutschen zur Centralisation die föderalistischen Vielletäten, welche sich mit dem Beginn der constitutionellen Aera geltend machten; unterstützt von der unzweifelhaften Neigung der Krone zur deutschen Führung des Staates beginnt das Verfassungsleben durch das Februarpatent unter deutschfreundlichen Auspicien. Nun wäre es doch an der Zeit gewesen, unter Beiseitesetzung aller parlamentarischen Doctrine mit ganzer Macht die nationale und staatliche Grundlage zu sichern und die Bedingungen zu schaffen, welche die deutsche Führung im Donaureiche verlangen! — Was aber sehen wir? — Obgleich nunmehr die Erfüllung der principiellen Wünsche der Liberalen doch mindestens angebahnt war, wird der Kampf um Erweiterung der Freiheiten sofort wieder aufgenommen; obgleich die Regierung der deutschen Unterstützung dringend bedurfte, wird sie von den Deutschen stets nörgelnd verfolgt, so daß sie selbst in ihrer Absicht, das Parlament unter deutscher Führung lebensfähig zu machen, erlahmt. Die deutschfeindlichen Einflüsse, durch das Verfassungsleben auch national erstarkt, gewinnen durch die Schuld der Deutschen und ihrer treibenden Judenpresse die Ueber-

hand, und Schmerling weicht, um einer abermaligen Sistirung der Verfassung Raum zu geben.

Als nun die großen Ereignisse kamen, welche Oesterreichs Austritt aus dem deutschen Bunde herbeiführten, wäre es von höchster Bedeutung gewesen, wenn das Deutschthum in Oesterreich auf eigenen Füßen zu stehen vermocht hätte. Der Zerfall des deutschen Volkes in eine nordwestliche und eine südöstliche Gruppe war natürlich durch die ethnographischen Verhältnisse und geschichtlich mit dem Entstehen des habsburgischen Reiches und durch die Reformation und Gegenreformation gegeben. Es war also materiell und entwicklungsgemäß unaufhaltsam, daß das Donaureich früher oder später ein besonderes Staatswesen bilden werde. Diejenige Nationalität, welche am frühesten diesen Vorgang bewußt oder instinctiv voraussah und politisch verwerthen würde, hatte den natürlichen Anspruch auf die Führung im Donaureiche. Für diese unausweichliche Umwälzung hatte das Herrscherhaus Manches, die Ungarn das Meiste, die Deutschen aber — wie unsere historische Skizze zeigen will — nichts vorgekehrt. Für diese Entwicklung wäre das Vorhandensein einer führenden Nation oder wenigstens einer staatserhaltenden Partei von höchster Bedeutung gewesen. Daß hiefür die Gründer des Reiches natürlich bestimmt waren, vermag niemand zu läugnen. Die Deutschen hatten aber alles versäumt, was für die Constituirung des Reiches nöthig war; und nun überstürzten sich die Ereignisse, welche die Neugestaltung des Donaureiches besiegeln sollten.

Die Ungarn, stets dann am stärksten, wenn das Donaureich am schwächsten ist, erzwangen schonungslos einen solchen Vergleich zwischen Ungarn und den übrigen Ländern, daß ihnen, trotz geringerer Leistungen für die Monarchie, auf friedlicher Bahn nie mehr die Leitung derselben entrissen werden kann. Nunmehr lohnte sich abermals ihr strenges Festhalten am nationalen Programm trotz schwerster Bedrängnisse. Ungarn dictirte nunmehr den anderen Nationalitäten seine Bedingungen, und zwar nicht blos hinsichtlich dessen, was sie als ihr Recht ansehen durften, sondern auch hinsichtlich dessen, was sie wünschten, daß *die Anderen zu* erfüllen hätten. Der sogenannte Ausgleich

s Jahres 1867 ist eine Erniedrigung, ein caudinisches Joch r Oesterreich, wie es sich noch nie in einem Vertrage einer von ei gleichberechtigten Paciscenten hatte gefallen lassen, abgesehen von, daß der Dictirende in jeder Richtung der Schwächere ist. r Staatsmann, der diesem Verathe an Oesterreich Pathe nd, war eben wieder ein Deutscher: Beust. Hätten die Deutschen s geringste Staatsbewußtsein gehabt, so würden sie die Anßungen der Ungarn zurückgewiesen und hiebei einen ihnen mit n Slaven gemeinsamen Boden politischer und wirthschaftlicher teressen betreten haben. Wie vielem Nachtheil und welch' untürlicher Hegemonie von sechs Millionen über 35 Millionen enschen wäre vorgebeugt worden, wenn Oesterreich diesen Verg mannhaft zurückgewiesen hätte?! Die Staatsgrundlagen, Wehrkraft, das Geld- und Zollwesen, die Reichsfinanzen, es was in einem modernen Staatswesen Klarheit, Sicherheit d Continuität verlangt, soll nicht Staat und Volkswirthschaft s kranken, wird von den Ungarn auf Kündigung mit kurzen isten postulirt, blos weil sie hoffen, bei jeder Terminserstreckung die politisch Fähigeren zu profitiren. Mit einem solchen rtrage kann weder politisch noch wirthschaftlich gedeihen, wer den Wettbewerb mit dem Ausland angewiesen ist, wohl aber garn, das seinen Daseinskampf politisch, finanziell und industriell Kosten der Mitcontrahenten führt.*) —

Man opferte alles dem Augenblick und gab den Blick in die Zukunft auf — eine der charakterichen Erscheinungen österreichischer Regierungsweise, die nur um immer wieder möglich ist, weil die Gründer des Reiches dessen Geschick kein Verständniß besitzen, an diesem keinen sittenen Antheil nehmen. Daß dies so war, bringt aber auch den garn keinen absoluten Vortheil, denn alles, was im Leben tlich verbündeter Völker von dauerndem Werthe sein soll, muß Uebereinstimmung und nicht auf Uebervortheilung basieren.

*) Ich protestire lebhaft dagegen, daß man obiger Meinung eine Abung gegen Ungarn oder eine Mißachtung seines Staatsrechtes entnehme. s hier kritisirt wird, ist nur das Verhalten seiner Mitcontrahenten, und s hier *gesagt wird*, drückt indirect Bewunderung für Ungarns Führer aus.

In jenem entscheidungsvollen Augenblick waren die Deutschen von politischen Empfindungen beherrscht, denen eine Vertheidigung Oesterreichs gegen Ungarn ferner lag denn je. Völker, welche kein Staatsbewußtsein haben, werfen bekanntlich sofort die „Flinte ins Korn", wenn die politische Sachlage ungünstig steht, während die Bestrebungen staatenbildender Völker mit wachsenden Schwierigkeiten intensiver werden. Jenes wissen wir von den süddeutschen Staaten, als Napoleon I. seine Siegeslaufbahn vollbrachte, dieses wissen wir von den Preußen, womit sie sich zum führenden Volke in Deutschland erhoben; wir sehen dies im eigenen Hause an Ungarn, wodurch es sich zum herrschenden Volk im Donaureiche erhob.

Es ist eine Geschichtslüge, daß Ungarn bereits vor 1867 unbestritten staatlich selbständig war. Richtig ist, daß die Ungarn beinahe auf jedem Reichstag ihre staatliche Selbständigkeit nachdrücklichst in Erinnerung brachten, daß aber die Centralregierung in den verschiedensten Richtungen organisirend, verwaltend und besteuernd absolutistisch und negocirend eingriff. Das war ja eben der Anlaß zu den fortgesetzten Beschwerden und endlich zum Achtundvierziger-Umsturz. Gewiß ist, daß mit dem Ausgleich 1867 zum erstenmale unzweifelhaft das Bemühen, Ungarn enger dem Realverbande des Reiches anzuschließen, moralisch begründet in der Befreiung Ungarns von den Türken, als mißlungen abgeschlossen ist. Die Deutschen hatten sich hiemit als unfähig gezeigt das Reich in seinem vollen Umfange zu führen. Nunmehr ist es Gegenstand der Untersuchung, ob den Gründern des Donaureiches die Führung des reducirten Staates gelingt.

Die Deutschösterreicher verleugneten ihre Aufgabe als Gründer des Donaureiches in diesen wichtigen Augenblicken mehr, denn je; sie verloren durch die Ereignisse von 1859 und 1866 auch das Vertrauen zur Lebensfähigkeit des Staates; so wie ihnen das Verhältniß zu Ungarn nahezu gleichgiltig geworden war, ebenso kühl standen sie der Reorganisirung der Westhälfte gegenüber; ihr ganzes Interesse concentrirte sich unter Führung der Judenpresse auf die Fragen des Staatshaushaltes, denn letztere *fürchtete eine* Staatscrida. Wie sehr eine solche Politik auf Sand

baut, bewies die folgende Zeit: Verfassung und Staatshaushalt sind heute nahezu vogelfrei, weil die Entwicklung und Festigung des Staates an sich vernachlässigt worden war. Der fortwährende Kampf für den Liberalismus hat gerade das Gegentheil, einen verschämten Absolutismus, herbeigeführt. Kann es etwas geben, was die Nichtsnutzigkeit einer liberalen Politik ohne Staatsgefühl überzeugender erweist, als jene politischen Absichten und ihr verkehrter Erfolg! —

Wie schwächlich auch das scheinbar erwachte Nationalgefühl der Deutschen war, das beweist am besten der Umstand, daß weder für eine Staatssprache, noch für die Beziehungen der Nationalitäten unter sich vorgesorgt worden war. Im Gegentheil, der von einer deutschen Majorität angenommene Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger ist trotz seines phrasenhaften Inhaltes die Grundlage der successiven Verdrängung des deutschen Einflusses geworden. Die Vernachlässigung des Staatsgedankens und der Nationalität durch die Verfassungspartei ist im Zusammenhange mit den wirthschaftlichen Wirkungen des Liberalismus auch die Quelle einer neuen Erscheinung, welche die deutschen Parteiverhältnisse noch tiefer zerrütten sollte: des Antisemitismus. Mit dieser Parteiung hören aber unsere Betrachtungen auf, ein geschichtlicher Rückblick zu sein; mit ihr betreten wir den Boden des lebendigen Kampfes.

Ein Ueberblick auf die gegenwärtige politische Sachlage.

Durch die Ausscheidung aus dem Deutschen Bunde, noch mehr aber durch die deutschen Siege und das Wiederentstehen eines deutschen Kaiserthumes regte sich endlich das nationale Bewußtsein der Deutschen, und die durch Jahrhunderte ruhig getragene Isolirung vom übrigen Deutschland wurde nunmehr verspätet, doch schmerzlich empfunden. Auch dieses spätere Erwachen des nationalen Geistes wäre unzweifelhaft heilsam und ist für die Entwicklung des Donaureiches unentbehrlich, wenn sich nur derselbe, wie in Preußen, auf dem Boden und im Ideenkreise des *engeren* Vaterlandes entfaltet hätte! Bei dem gegebenen

Volksgeiste wich er aber von der fruchtbaren Entwicklung ab. Schon in den führenden Köpfen der Verfassungspartei war ebensowenig ein theoretisches Staatsbewußtsein, wie ein Verständniß für die Lebensforderungen des Donaureiches vorhanden. Nörgelnder Doctrinarismus, wie er in dem österreichischen „Eugen Richter", in Herbst, oder liberales Phrasenthum, wie er in Giskra, oder schwachmüthiger Bureaukratensinn, wie er in Hasner zum Ausdruck kam, ließen den weiten Blick oder eine aufopferungsfähige Liebe zum Heimatsstaat nie recht aufkommen. In diesen Momenten wurzelt auch der unglückselige Fractionsgeist der Deutschen; denn, wenn man keine realpolitische Grundidee anerkennt, die sich nur im eigenen Staatswesen findet, dann fehlt die sittliche Anregung, gemeinsame Zwecke über persönliche Meinungen zu setzen. Im Grunde genommen möchte jeder Deutsche seine eigene Partei bilden, und nur Beweggründe, die seine principiellen Leidenschaften heftig aufstacheln, wie die Confession oder die wirthschaftliche Benachtheiligung, vermögen ihn, sich parteilich unterzuordnen. Dieser directionslose Fractionsgeist hatte zur Folge, daß das erwachende Nationalgefühl nicht, wie bei den anderen Nationalitäten, eine praktische Idee zum Ziele nahm, sondern daß es ein nebelhaftes, theils nichtiges, theils sogar staatsfeindliches Wesen entwickelte. Statt die Deutschen zu einigen, steigerte der Nationalismus ihre Zerrissenheit.

Die clericalen Deutschen, in ihrem Staatsgefühle insofern stärker als die Nationalen, weil sie in Oesterreich einen Hort der römisch-katholischen Kirche sehen, verhielten sich ablehnend, abgestoßen durch den liberalen und antiösterreichischen Geist. Die Juden jedoch, viel zu praktisch, das staatsnegierende Wesen der Nationalen anzunehmen, kämpften weiter für liberale Interessen im Staate und wurden so als „Fortschrittliche" und Anhänger der „Regierungsfähigen" bedingungsweise Erhalter des Staates. Ueber sie nun ergoß sich der alte Haß der Clericalen und die frischerstandene Abneigung der Nationalen; es griff jener Antisemitismus um sich, der aus den verschiedensten, dem Fremden oft ganz unverständlichen Gefühls- und Interessen-Richtungen *entspringt*. Die prädominirende Stellung der Judenpresse

ist wohl der äußerliche, sichtbarste, jedenfalls früheste Grund dieser Gegnerschaft; innerlich ist es aber die wirthschaftliche Ueberlegenheit des Judenthums, sein wachsender Reichthum. Der Antisemitismus stützt sich einerseits auf die Clericalen, auf den fortschrittsfeindlichen Adel und auf jenes Bürgerthum, welchem die Juden zu wenig, anderseits auf die Deutschnationalen, welchen sie zu viel Staatsgefühl haben, — endlich in der Masse des Volkes auf den Neid, den das wirthschaftliche Gedeihen der Juden erregt.

Was nun im deutschen Parteileben die gegen die „Staatstreue" der Juden reagirende Richtung des Antisemitismus für Blasen auf die politische Oberfläche emportrieb, das ist für den der Verhältnisse Unkundigen unglaublich. Jeder Deutsch-Nationale hat eine andere Nuance von Antisemitismus, der im Schönererianismus den Höhepunkt an Absonderlichkeit erreicht.

Der Antisemitismus ist stets der Beweis einer schweren Erkrankung des Volkslebens in politischer, besonders in intellectueller und sittlicher Hinsicht. In unsere Erwägungen gehört gar nicht, was wir über die Juden denken, sondern nur die Constatirung der Thatsache, daß die Juden einen unausmerzbaren Theil unserer Gesellschaft bilden, der in seinem zuständigen Staatswesen wirthschaftliche Prosperität anstrebt, was zu verhindern der Culturstaat unfähig ist. Gegen die Juden gibt es nur ein Mittel: klüger, strebsamer und sparsamer zu sein und so viel Familiensinn zu haben, wie sie; anderseits eine unnahbare, energische, strenge Strafrechtspflege gegen Erwerbs-Ausartungen. In England und Holland gibt es daher keinen Antisemitismus, und es ist dieser in Deutschland im Erlöschen. In Ungarn ist er erloschen, weil dort die Juden für die Volkswirthschaft unentbehrlich sind, anderseits aber die Magyaren politisch klüger und gleichzeitig energischer sind, als sie. Die Juden erlangten daher in Ungarn keine politische Führung; es ergab sich vielmehr ein übereinstimmendes Nebeneinander, wonach der Magyare unbestritten politisch und der Jude unbestritten wirthschaftlich herrscht, wobei sich beide sehr wohl befinden, unter

solchen Umständen ist auch Sparsamkeit und Familiensitte Nebensache.

In den clericalen Alpenländern gibt es wenig Juden, umsomehr aber in den großen Städten, besonders also in Wien, das demnach der Hauptsitz des Antisemitismus geworden ist. Wenn auch in Wien die Veranlassung zum Antisemitismus in der wirthschaftlichen Prosperität der Juden wurzelt, so ist doch auch die Kehrseite der Schönerer'schen Anschauung über die Juden eine Ursache hievon. Während dieser die Juden haßt, weil sie zu viel Oesterreicher sind, haßt sie der Wiener Antisemit, weil sie zu wenig, oder besser gesagt, nur bedingte Oesterreicher sind. Die Niederösterreicher haben denn doch so viel politischen Instinct erlangt, daß sie fühlen, was das Donaureich für sie bedeutet. Aus diesem Grunde herrscht daselbst auch eine leider verspätete Aufregung gegen Ungarn, ist das nationale Gefühl viel schwächer als das österreichische und besteht eine gewisse Abneigung gegen die factiösen Deutschböhmen und eine natürliche Zuneigung zu den Clericalen als anderseits bedingte Oesterreicher. Dieser Instinct ist nun geschärft durch den Antisemitismus. Wenn in der christlichsocialen Parteigeist vom staatlichen Standpunkt ein gesunder Kern steckt, so wird er doch durch den Antisemitismus arg entwerthet; das zeigt sich am deutlichsten im Wunsche der Christlichsocialen nach der Personalunion mit Ungarn; denn wichtiger als das Reich ist ihnen der Haß gegen die ungarischen Juden. Das Resultat dieser socialen Bewegung ist aber auch für Wien in engeren Sinne beklagenswerth.

Weil die Juden ihren Einfluß auf die geistige Ueberlegenheit stützten, so hat der Antisemitismus eine wahre Wuth gegen jede wissenschaftliche und literarische Thätigkeit entfesselt. Während das Gedeihen der Völker in dem heftigen Wettbewerbe Vermehrung der Kenntnisse und Steigerung der Intelligenz fordert, wird in Niederösterreich jede Anwandlung von Bildung mit beispielloser Gehässigkeit verfolgt. Als im Reichsrathe gelegentlich ein nationalökonomisches Buch citirt wurde, rief ein Wiener Abgeordneter: Was, ein Buch, da hab' ich schon g'fressen! (v. H.

da ist mein Urtheil schon fertig). — Wissenschaft und Kunst, ja anständiges Benehmen sind judenverdächtig.

Der Antisemitismus Schönerer's hingegen besteht in einer steigenden Verhetzung aller Volkskreise gegen jene, welche eine normale Entwicklung des Staates wünschen, indem Jedermann, der das Gedeihen Oesterreichs wünscht, „Judenknecht" genannt wird.

Nun denke man sich alle diese dem Antisemitismus entspringenden Parteiungen in das ohnehin fractionsreiche Deutschthum eingreifen! Man denke sich hiezu die Anwendung der brutalsten Mittel im politischen Kampfe! Man denke sich diesen Fractionsgeist über alle menschenmöglichen Erscheinungen der politischen und socialen Interessen ausgedehnt, vom finstersten Ultramontanismus in den Hochalpen bis zum atheistisch fundirten „Los von Rom!", vom rücksichtslosesten Feudalismus bis zu den anarchistischen Auswüchsen mancher Arbeiterkreise, vom erbittertsten Judenhaß bis zur unbestrittenen Vorherrschaft der Juden in manchen Städten, von der nationalen Indolenz clericaler Kreise bis zur Fiebertemperatur des Nationalismus in Nordböhmen und in Studentenkreisen, — und man wird sich vorstellen können, wie das politische Wesen der Deutschen aufgewühlt ist. Alle Partei-Erscheinungen in allen Färbungen des Principes und des Systemes sind vorhanden, alle! — Nur eine nicht, eine deutsche Partei, welche, politisch denkend und zielbewußt, ein Oesterreich unter deutscher Führung will!

Es gibt Deutsch-Oesterreicher, welche Oesterreichs Gedeihen wünschen und mit all' jenen Verirrungen unzufrieden sind, die das Staatsleben untergraben. Instinctiv haben ja die Niederösterreicher endlich eine dumpfe Ahnung von Staatsgefühl gewonnen. Aber wie himmelweit ist dieses lahme Wohlwollen für die Heimat verschieden von dem thätigen, Alles fördernden Geiste, welcher Nationen mit ernstem Staatsgefühle eigen ist, wie z. B. den Franzosen oder Magyaren, wie er den Czechen eigen wäre nach Herstellung der Wenzelskrone.

Daß ich es euch nur sage, ihr Deutsch-Oesterreicher; ihr *habt ja keine Ahnung* von dem, was andere Nationen unter

Patriotismus verstehen! Euer Herz ist leer und kurzlebigen Interessen ergeben. Hie und da „schwant" Manchem etwas von Patriotismus, was man richtiger Liebe zur Dynastie nennt, ein Gefühl, welches wohl mit dem Patriotismus vereint sein soll, aber durchaus nicht dasselbe ist; denn wäre es dies, da könnte ja die Dynastie selbst nicht patriotisch sein, was anzunehmen ebenso unsinnig, als verbrecherisch und durch die Geschichte widerlegt ist. Der Patriotismus ist ein Zweckgefühl höchster Art; er umschließt das Vaterland in seiner ganzen personellen, localen, politischen und culturellen Wesenheit. Die Nullität ihres Patriotismus äußert sich bei den Deutschen in drei Richtungen sehr bezeichnend.

Zunächst hat der Deutsch-Oesterreicher nicht das geringste Verständniß für die Staatspolitik nach außen. Er sieht in allen politischen Bestrebungen (nach liberaler Anschauung) nur eine bedenkliche Verstärkung der Regierungsgewalt und ist in dieser Hinsicht auch als Clericaler oder Antisemit völlig im Schlepptau der Börsenpresse, welcher natürlich die Hintanhaltung jeder Erschütterung der Course viel wichtiger ist, als die ganze Bestimmung der Ostmark. Dies äußerte sich am lebhaftesten gelegentlich der Occupation Bosniens und der Herzegowina in deren Bekämpfung. Abgesehen von wenigen klarsehenden Männern, wie z. B. Plener und Sueß, die aber von der öffentlichen Meinung desavouirt wurden, hatten die Deutsch-Oesterreicher unter Führung ihres bösen Geistes, Herbst, keine Ahnung von der Nothwendigkeit dieser Action. Diese politische Blindheit besiegelte den Niedergang der Verfassungspartei, nachdem sie bereits selbst ihre eigene Regierung bekämpft und untergraben hatte. Statt bei ihren wirthschaftlichen Aspirationen alles für den österreichischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu thun, drücken die Deutschen, insoweit sie sich um äußere Politik überhaupt kümmern, nur einschränkend und herabstimmend auf den ohnehin geringen Unternehmungsgeist der Regierung. Die Folge ist, daß die Ungarn seit Andrassy auch für die äußere Politik allein bestimmend sind. Die genannte Occupation ist daher auch nur zu Ungarns Vortheil ausgefallen, da hiedurch das von den Magyaren gefürchtete Südslaventhum in sechs Theile

auseinandergehalten wird. Aber auch wirthschaftlich ist diese Angliederung nur von Ungarn ausgebeutet worden. Noch heute, nach 21 Jahren, gibt es keine kürzeste Eisenbahnverbindung von Sarajevo nach Wien, sondern alles verkehrt über Budapest. Noch heute weiß Ungarn eine directe Eisenbahnverbindung Oesterreichs mit Dalmatien zu hindern; noch heute gibt es wegen Fiume keine Eisenbahnverbindung zwischen dem Occupationsgebiete und einem dalmatinischen Hafen. Um diese Politik festzuhalten, hat Ungarn Kallay im gemeinsamen Ministerium, dem von Niemandem mehr gehuldigt wird, als von der deutsch-liberalen Presse.

Dieser und einer endlosen Reihe ähnlicher Vernachlässigungen des eigenen und des Reichsvortheiles gegenüber rührt ein Deutscher keinen Finger, und sein politischer Stumpfsinn zahlt 70 Procent der Kosten dieser Politik! — Es ist dies auch eine Verurtheilung der in Oesterreich thätigen Minister, überwiegend Deutsche, denen, nach diesen Erfolgen zu schließen, durchaus jenes active Staatsgefühl mangelt, das allein Hindernisse besiegen läßt. Stets alles möglichst unauffällig und frictionslos auszuführen, dieses Streben war und ist das Kriterium eines österreichischen „Staatsmannes", während die Geschichte lehrt, daß nur der Kampf die Wesenheit der Politik und zielbewußte Thatkraft die Charakteristik eines Staatsmannes ist. Da nun ein ungarischer Minister energisch nur das verlangt, was Ungarn frommt, so kann man sich denken, wessen Interesse bei einem gemeinsamen Rathe Recht behält.

Symptome für die Stärke des österreichischen Staatsgefühles kann jeder Reisende darin finden, daß, zwei bayerische Linien ausgenommen, sämmtliche fremden Eisenbahnanschlüsse auf österreichischem Boden stattfinden, insbesondere die ungarischen, — daß ein österreichischer Postwagen die ungarische Grenze nicht überschreiten darf, während auf einer Bahn, deren Präsident ein ehemaliger Führer der Deutschliberalen ist, die ungarische Post auf den österreichischen Linien normal functionirt, ungarische Beamte auf diesen amtiren und alle Aufschriften der Waggons, die Kundmachungen u. dgl. entweder blos oder an erster Stelle ungarisch sind, u. s. w. Die Sünden der österreichischen Bureaukratie gegen das Staatsgefühl

könnten Bände füllen; hier war nur beabsichtigt, diese von den Deutschen stets unterschätzten Erscheinungen anzudeuten und zu zeigen, wie die Regierung selbst in solchen — wie man oft meint — Lappalien das Staatsgefühl mißachtet und untergräbt. Es ist dem Unbefangenen unerklärlich, daß der deutsche Politiker von den Meistern in der Beachtung solcher Formen, von den Magyaren, gar nichts gelernt hat, sich aber dann wundert, daß Oesterreich auch in meritorischen Angelegenheiten unterliegt.

Ein noch größerer Fehler des Deutsch-Oesterreichers ist aber, daß er gegen das Heer, besonders in liberalen Kreisen, eine tiefe Abneigung hat. In dieser Angelegenheit stehen alle Deutschen, ausgenommen die Christlich-socialen, unter dem Einflusse der Judenpresse, welche naturgemäß im Heere eine Stütze autoritativer Bestrebungen verfolgt. Das Merkwürdigste hiebei ist, daß die Masse der Officiere, obgleich auch sie durch die fortgesetzten Gehässigkeiten verstimmt sind, der deutschen Sprache zugethan ist und eigentlich liberal denkt, weßhalb andererseits auch die Deutsch-Clericalen sich ablehnend gegen das Heer verhalten. Wenn nun in dieser Hinsicht der Deutsch-Oesterreicher mit dem Volke in Deutschland eine verwandte Empfindungsweise hat — denn auch diese sind der Uniform (aber aus socialen Gründen) nicht hold —, so muß doch diese Erscheinung für Oesterreich aus einem anderen Gesichtspunkte beurtheilt werden als für Deutschland. Denn der Deutsch-Oesterreicher kämpft einen schweren Existenzkampf, und demnach gilt es für ihn Stützen zu suchen und Anhänger seiner politischen Macht zu angeln, wo sie sich nur finden. Was thut er statt dem? Er stoßt alles von sich ab, verfeindet sich mit jeder Corporation, die im Staate oder in der Gesellschaft eine bedeutende Macht hat. Man beherrscht politische Persönlichkeiten nicht dadurch, daß man über sie raisonnirt und sie feindselig stimmt, sondern indem man sie an sich fesselt. Freilich, diese politische Weisheit ist dem deutschen Vereinspolitiker zu hoch, obgleich er sieht, wie z. B. die Czechen den mächtigen Feudal-Adel an ihre National-Caroſſe vorgespannt haben. Niemand in Oesterreich *hat mehr Grund*, dem Heere gewogen zu sein, als die Deutschen;

denn das, was sie als das wichtigste und mächtigste Ziel ihrer politischen Bestrebungen verfolgen: die deutsche Staatssprache, die gilt im Heere und wird dort de jure gepflegt. Die Erwägung, daß das Heer nach seiner Gesinnung naturgemäß nicht deutsch ist, gehört nicht hieher, nachdem die Thatsache der Ausbreitung der deutschen Sprache über das Machtgebiet der ganzen Monarchie für die Deutschen ein nationaler und insbesondere ein wirthschaftlicher Vortheil ist, dessen Tragweite sie erst voll erkennen würden, wenn die Armeesprache fallen sollte. So lange diese besteht, ist die deutsche Wesenheit der Ostmark noch nicht erloschen. Dies zeigt sich am besten darin, daß selbst die Ungarn zunächst noch nicht daran zu rühren wagen, und daß z. B. die Centrale der bosnischen Landesregierung deutsch amtirt. Wie verhält sich aber der Deutsche zur Armee? Es ist erwiesen, daß in deutschen Garnisonen dem Soldaten am unfreundlichsten begegnet wird. Der liberale Deutsche verletzt, wo er nur kann, das Selbstgefühl des Heeres. Wie entgegenkommend würden sich die Czechen zum Heere verhalten, wenn ihre Nationalwünsche erfüllt würden! —

Das Heer könnte der Angelpunkt für die Bestrebung der Deutsch-Oesterreicher sein, die Armeesprache auch für die Centralverwaltung gesetzlich festzusetzen. Denn das Bedürfniß der deutschen Dienstsprache im Heere ist ja ein Beweis für die allseitige Nothwendigkeit des Deutschen als Reichssprache.

In keiner Hinsicht gibt sich aber der liberale und radicale Deutsch-Oesterreicher einem schwerwiegenderen Irrthume hin, als in der Beziehung, die er in dem maßgebendsten Kreise zu den Deutschen herrschend glaubt. An dieser Stelle hat man es so oft vergeblich versucht, Oesterreich unter deutscher Führung zu constituiren; Verstimmungen sind nur zu erklärlich, wenn in dieser Hinsicht stets nur Verkennung und gar keine sachgemäße Unterstützung gefunden wurde. Wie sehr die Krone constitutionell herrschen will, wenn es möglich ist, zeigt ihre Stellung in Ungarn. Trotzdem obwaltet in deutschen Kreisen, besonders in Nordböhmen, ein völliges Mißverständniß über die Beziehungen zur Dynastie; weil man dort keine Treue gegen den Staat

ist man blind für den inneren Vorgang in den Staatsactionen. Dieses Mißverständniß wird von der liberalen Presse insbesondere dadurch genährt, daß man die gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichstheile, die Politik nach Außen, besonders aber das Heer, in welchen sich die Großmachtstellung des Donaureiches aussprechen, als Fragen persönlicher Inclination und gleichsam als Luxus behandelt. Wer soll sie denn pflegen, diese Angelegenheiten, wenn derjenige Volkstheil, welcher als Gründer des Reiches berufen wäre, dessen Ansehen zu wahren, jedes Verständniß hiefür vermissen läßt? Mit Recht ist von den großen Heeresauslagen die Rede; aber wen trifft denn vorwiegend die Schuld, daß schon seit Langem in dieser Richtung keine ordnende Controle wirksam wird? — Die Deutschen, weil sie jede Regierung besonders in dieser Hinsicht auf die Bahn der Gegenconcessionen gezwungen haben.

Während jede Nationalität eine klare Vorstellung über die Bestimmung des Donaureiches hat, als Gebilde und Hort der Interessensolidarität zahlreicher Völkersplitter, finden die Gründer dieses Staates in ihm nur die Domäne einer Dynastie, was durch die Geschichte und die Thaten der Monarchen selbst widerlegt, nach der Realität der Staatsentwicklung Europa's und nach dem Causalgesetze in der Geschichte unmöglich ist. Die Beziehungen der Völker des Donaureiches zu ihrem Herrscherhause beruhen auf der realen Nothwendigkeit dieses Staatswesens für sich selbst, für seine Bestandtheile, für Europa und für die Civilisation.

Hier stehen wir wieder vor dem Ausgangspunkte aller Mißstände des Donaureiches, vor der traurigen Thatsache, daß die Gründer des Staates ihn und seinen Zweck am wenigsten begreifen und ihren erhabenen Beruf zu Führern eines Staatswesens nicht ahnen und alles gethan haben und alles dazu thun, um sich und das Reich zu verderben.

Wenn man diese traurige Thatsache bedenkt, dann erst wird es klar, wie Menschen von der Art eines Schönerer einen öffentlichen Einfluß gewinnen können. Sein Programm spricht das aus, wozu der deutsche Unverstand für Politik führen mußte, *sobald* der nationale Geist sich regte: „Los von Oesterreich!" *Was er damit meint*, weiß weder er noch seine Genossen. Mancher

Jeder wird hier in Folge seines politischen Unverstandes sofort ausrufen: „Aha, da haben wir es! Wieder ein Loyalitätsdusler! Der Schönerer, der das Deutschthum zu seinem Nationalbewußtsein brachte, der paßt dem Schwarz-Gelben nicht!“ — Leider ist die Bierbankpolitik die letzte Weisheit der meisten Deutschen geworden; sie begreifen ein gesundes, streng geschöpftes politisches Urtheil seit jeher nicht.

Auch ich stimme Schönerer bei, insoweit er half, im Deutsch-Oesterreicher ein nationales Bewußtsein zu wecken, und ich will mit ihm auch über die Mittel nicht rechten, durch welche er dies anstrebt, so sehr sie einen Deutschen betrüben müssen, der darauf stolz ist, einem der ersten Culturvölker der Welt anzugehören. Daß er aber diese Erweckung des Nationalgeistes mit einem Verrath an der Bestimmung der Deutschen im Donaureiche in einem nothwendigen Zusammenhange glaubt, das verwerfe nicht blos ich, das verwirft vor allem — das ganze deutsche Volk außerhalb Oesterreichs. Dieser Verrath zeigt nicht blos, daß Schönerer als echter Deutsch-Oesterreicher kein Staatsgefühl hat, sondern daß er kein Politiker ist. Wäre dieser Mangel unter den Deutschen nicht so sehr verbreitet, daß man sich gar nicht wundern darf, wenn er auch dem Führer eigen ist, so müßte man an der Sittlichkeit Schönerer's zweifeln. So aber kann man annehmen, daß er wirklich glaubt, seine Politik sei den Deutschen im Donaureiche vortheilhaft. Deren Prüfung wird aber zeigen, daß sie nicht blos dem Staate schädlich ist, sondern auch den Deutschen, und daß sie in ihren Zielen, gelinde gesagt eine — Dummheit ist, das Aergste, was man einer Politik, deren Zweck der Erfolg sein soll, nachsagen kann.

Vor allem ist es Schönerer gelungen, die Deutschen in einer Weise zu zersplittern, wie selbst diese fractionslustige Nation noch nie zersplittert war. Gut! Jede Parteibildung vollzieht sich allmählig, und auch die größte Partei muß einmal klein angefangen haben. Es ist also nur die Frage, ob in Schönerer's Partei die Bedingungen liegen, welche den Aufschwung derselben zur herrschenden vielleicht später einmal ermöglichen. Daß sich aber die *acht Millionen* Deutschen Oesterreichs je auf das Schönerer-

Programm vereinigen, das glaubt weder er noch irgend ein Mensch mit dem einfachsten Verstande. Und doch ist das der Zweck jeder vernünftigen Parteibildung.

Bekanntlich weist Schönerer die Clericalen — ein Drittheil aller Deutschen — überhaupt zurück. Daß aber die Clericalen außerhalb der Nation stehen sollen, ist eine jener Besonderheiten, die nur den Deutsch-Oesterreichern zukommt. Im Donaureiche haben nur die Deutschen eine maßgebende clericale Partei; denn bei den politisch vernünftigen Völkern hält es der Clerus mit der Nation, ob er will oder nicht. Trotz Civilehe, jüdischer Volkswirthschaft u. s. w. steht der große Clerus in Ungarn stramm im Regierungslager, und die Fraction Ferdinand Zichy ist nicht minder ungarisch, als jede andere Partei der Nation. Ebenso ist's bei den Czechen, Slovenen, Polen, Italienern, Ruthenen und Rumänen. Die decidirte Zurückweisung der clericalen Parteien durch Schönerer ist umso unverständlicher, als doch Jedermann weiß, daß das deutsche Reich das man doch im Deutschsein nicht überbieten kann, vom clericalen Centrum beherrscht wird.

Die tiefe Kluft zwischen Deutsch-Clericalen und Deutsch-Nationalen ist eben ein Beweis der politischen Unfähigkeit von beiden Seiten. Einerseits die lächerliche „Los von Rom"-Bewegung, anderseits der Papst, der stets vor dem Kaiser rangirt. Warum hat denn der ultramontane Clerus so große Macht in den Alpenländern? — Weil sich die Alpenländer bewußt von Bewegungen wie die obige, von der Herrschaft der Judenpresse und instinctiv von dem Verrath an der Bestimmung der Deutschen in Oesterreich abgestoßen fühlen. Gäbe es auf der nationalen Seite nicht diese Fehler, dann würden auch in den Alpen die clericalen Heißsporne nicht im Stande sein, das deutsche Volks-Bewußtsein einzuschränken. Haß erzeugt nur wieder Haß! Jede wahrhaft deutsche Partei muß die Einigung mit den Alpenländern als ihren wesentlichsten Programmpunkt hinstellen. Daran darf man sich auch durch den Aerger der Judenpresse nicht hindern lassen. Auch unsere Juden müssen es endlich lernen, sich den Staats*forderungen* anzubequemen, sowie die Juden in Ungarn. Nirgends *war bisher die* Judenpresse so international jüdisch als in Oester-

reich; wenn der Deutsche von den Organen der öffentlichen Meinung Staatsbewußtsein fordern wird, wird diese Judenpresse ihre fortschrittlichen Zwecke nicht minder zu erfüllen vermögen und durch ihre Befähigung förderlicher wirken, als bisher bei ihrer schwankenden Politik, bei der ihr nur der Grundsatz von dem Zwecke maßgebend war, der die Mittel rechtfertigt. Wenn die Juden die Zeichen der Zeit verstünden, würden sie erkennen, daß sie nicht mehr durch die bisherigen Ideen, sondern nur mit dem Staat ihre Stellung zu sichern vermögen.

Beinahe ebensowenig wie die Clericalen wird es Schönerer je gelingen, die Niederösterreicher für seine Ideen zu gewinnen. Der Wiener fühlt, daß seine Stadt nur mit und durch Oesterreich florirt. Das heutige Parteiwesen wurzelt zum Theil in diesem Instinct, wie wir bei Erörterung des Antisemitismus zeigten.

Die Juden und die Fortschrittlichen endlich weist ja Schönerer selbst zurück, ebenso die Socialdemokraten. Was bleibt da noch übrig? — Nordböhmen, und zwar auch hier nur ein kleiner Theil des Mittelstandes und wenige aus den höheren Ständen, ferner die Radical-Nationalen in Graz, Wien, Innsbruck, Klagenfurt u. s. w., endlich ein Theil der Studentenschaft, welche, wie jederzeit, die herrschenden Leidenschaften auf die Spitze treibt, mögen sie gut oder schlecht sein, was mit einem angeblichen Idealismus der Jugend verwechselt wird.

Nach aller Prüfung fehlt demnach Schönerer's Vorgehen das Hauptkriterium einer guten Politik: die Möglichkeit, zur Macht zu kommen. Das aber läßt diese Politik als factiös erscheinen; es ist ihr keineswegs um die Herstellung des nationalen Rechtes oder sagen wir sogar, der Herrschaft der Deutschen im Donaureiche zu thun, sondern um Schaffung einer deutschen Irredenta, deren Endzweck die Losreißung österreichischen Gebietes ist. — Das läßt sich hören! — Das ist ein Programm, welches man unter folgenden Bedingungen verstehen kann: 1. Daß sich Gebiete vorfinden, die losreißbar sind; 2. daß die Mehrzahl der Deutschen eines solchen Gebietes mit der Losreißung zufrieden wäre; 3. daß es nach der Lage der europäischen Politik Staats-

wesen gibt, die einen solchen Zuwachs durch österreichisches Gebiet anstreben.

Nach vorurtheilsfreier Beurtheilung der deutschen Bevölkerung in Oesterreich kommt für diese Fragen nur Nordwestböhmen in Betracht; denn für alle anderen Gebiete kann man annehmen, daß theils eine bewußte Abneigung besteht, den Staatsverband zu wechseln, theils diese Abneigung sofort lebendig ist, wenn die Frage acut würde. Der Deutschösterreicher ist nach seiner inneren Anlage und war auch dem früheren Deutschland gegenüber ein Autonomist, gerade so wie alle deutschen Stämme auch im heutigen Deutschland; am meisten sind dies die Bayern, mit welchen der Deutschösterreicher stammverwandt ist. Jenes Nordwestböhmen aber ist geographisch genommen derart ein Theil des böhmischen Kessels, daß es nur sehr schwer ein Gebiet der Transaction bilden könnte; es steht nicht dafür, um dessentwillen einen Krieg zu führen mit allen seinen Consequenzen für die Beziehungen der Staaten unter sich. Es bliebe also ganz Böhmen das Object einer eventuellen deutschen Operation. Indem wir aber dies aussprechen, tritt Bismarck's Andenken in den Vordergrund, dem es ein Theil seines Lebenswerkes war, dieser Möglichkeit entgegenzutreten. Deutschland hat genug an seinen Polen, Dänen, Elsaß-Lothringern und Welfen und scheut mit Recht jene Erweckung des Slaventhums in Sachsen und Schlesien, die ihm die Erwerbung der kampflustigen Czechen bringen würde. Die Traditionen jenes großen Staatsmannes zielen auf Höheres, als auf die Vergrößerung Deutschlands durch das Egerland u. dgl., sie zielen auf ein *starkes und gesundes Donaureich*, welches für den Bestand Deutschlands zwischen Rußland, den Romanen und der wirthschaftlichen Concurrenzmacht Großbritannien unentbehrlich ist. Denn selbst den Fall angenommen, daß Deutschland z. B. durch die Herstellung des Staatsgebildes der Wenzelskrone gezwungen wäre, mit den das Donaureich umgebenden Staaten gegen dieses offensiv vorzugehen, vermöchte es auch im günstigsten Falle das *nie* zu gewinnen, was es durch eine eventuelle Auflösung *des Donaureiches* einbüßte; denn der größte Theil des österrei-

chischen Machtgebietes liegt in der Einflußsphäre Rußlands und seiner südwestlichen Gefolgschaft; Deutschland würde dauernd vom Oriente abgesperrt sein und jenen wichtigen Verbündeten verlieren, der ein ausreichendes Gegengewicht gegen großslavische Aspirationen ist.

In der vorstehenden Darlegung der durch nichts hinfälligen Politik Bismarck's gegen das Donaureich ist aber nicht blos die Aussichtslosigkeit der Schönerer'schen Faction erbracht, sondern mittelbar die österreichische Staatsidee enthalten. Es zeigt sich, daß an ihrer Unverwüstlichkeit Niemand mehr interessirt ist, als — die Magyaren; denn wenn diese Staatsidee Schiffbruch erlitte, so hätten wohl alle Nationalitäten des Donaureiches ihre selbstständige Entwicklung eingebüßt, aber ihre Existenz wäre keineswegs in Frage gestellt; nur Ungarn und die Magyaren wären das bedingungslose Opfer der Ereignisse. Würden die Deutschösterreicher etwas aus der Geschichte gelernt haben, so wäre ihnen dieses politische Calcül stets der Grundgedanke für die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn gewesen, das nur darum so anmaßlich vorgeht, weil es sieht, daß dieselben Gründer des Reiches, welche sich die Ansprüche aus der Vertreibung der Osmanen nicht zu wahren vermochten, auch jetzt dafür blind sind, wie sehr sie den Ungarn die Unentbehrlichkeit des Zusammenhanges im Donaureiche zu Gemüthe führen könnten.

Wir sehen also, daß Deutschland das Zufallen österreichischen Gebietes von sich weist; wir wissen auch, daß dieser Gedanke die deutschen Regierungskreise und das ganze deutsche Volk beherrscht und in fortgesetzten Aeußerungen der öffentlichen Meinung laut zum Ausdrucke gebracht wird, daß endlich gerade die Erwägung über die Ziele einer deutschen Irredenta die Deutschösterreicher direct auf ihre Aufgabe im Donaureiche im Interesse Deutschlands verweist. Alles dies zusammengehalten mit dem Bismarck-Cultus Schönerer's, läßt wohl diesen weniger als den Interpreten, denn vielmehr als den Hanswurst des großen Staatsmannes erscheinen. An trauriger Komik wird diese Schlußfolgerung nur von Deutschradicalen *überboten, wenn* sie die „Wacht am Rhein" singen, um die es

sich den Deutschen längst nicht mehr handelt, wohl aber mahnender denn je um eine Wacht an der Donau durch die Deutschösterreicher.

Deutschland hat den lebhaftesten Wunsch, daß das Donaureich unter deutscher Führung eine Macht werde, die deutsche Interessen bis an die Donaumündungen und den Bosporus schirmt; dadurch aber nimmt die Ostmark selbst ihren vergessenen Beruf wieder auf und gelangt politisch und wirthschaftlich zu einer noch nie geahnten Höhe. — Niemandem stand dieser Beruf Oesterreichs klarer vor der Seele, als dem Prinzen Eugenius; — freilich war er ein Franzose! — — Diese in ihrer logischen und geschichtlichen Entwicklungsfolge elfhundert Jahre alte, in ihren Metamorphosen durch den Wechsel der Weltbedürfnisse aber völlig lebenskräftig gebliebene Staatsidee des Donaureiches verweist auf eine Vorherrschaft im Donaugebiete und auf die wirthschaftliche Herrschaft im Südosten Europa's.

Dieses Reichsinteresse des Donaureiches ist aber, trotz dem begründeten Wunsche der Deutschen nach wachsendem Einflusse, den übrigen Nationalitäten desselben nicht feindselig, sondern culturell höchst förderlich und erlaubt deren freie Entwicklung, natürlich im Geiste der Ostmark. Einzelne derselben, wie die Südslaven, Rumänen und bedingungsweise auch die Polen, finden in diesem Programme ihre politische Zukunft, alle Völker des Donaureiches aber ein ungeahntes wirthschaftliches Gedeihen, um dessentwillen vernünftigerweise nationale Uebertreibungen dem Reiche geopfert werden können. Mit diesem Programme tritt das Donaureich wieder in die Weltpolitik ein, aus welcher es heute wie eine Macht zweiten Ranges ausgeschaltet ist; mit ihm beginnt auch für die Völker desselben jener Aufschwung, den wir heute neidvoll an Deutschland, Rußland, England, Nordamerika beobachten.

Dieses österreichische Staatsinteresse schließt sich logisch an das Bestreben des Deutschen Reiches an, in Kleinasien wirthschaftlich und seinerzeit auch politisch Einfluß zu gewinnen. Es ist dies eine der großartigsten, aber auch natürlichsten Perspectiven der Weltpolitik, segensreich für alle Nationen Central-

europa's und von höchster Bedeutung für die Civilisation, weil hiedurch der russische Orientalismus dauernd von seinem Vorrücken in Europa abgehalten wird, weil hiedurch die Nationalitäten des Donaureiches eine gesicherte Entwicklung vor sich haben.

Daß Schönerer diesen gleichsam gegebenen und vor mir durch ernste Denker längst ausgesprochenen Wahrheiten gegenüber im Volke eine Macht erlangt hat, ist vor allem dem politischen Unverstand der Deutsch-Oesterreicher, ihrem verspäteten und daher desorientirten Erwachen des Nationalgefühles, aber auch dem Umstande zuzuschreiben, daß Schönerer mit seinem Ideenwahn stets nur politischen Nullen gegenüberstand, die weder über die geistigen noch die materiellen Mittel verfügten, welche der parlamentarische Kampf fordert. Das öffentliche Gewissen schreit in Oesterreich förmlich nach einem Staatsmanne, der die Völker durch seine geistige und sittliche Größe herausreißt aus dem Wirrsal des Unverstandes und der streberischen Verführung. Freilich in jenen Kreisen, denen bisher gewöhnlich die entscheidenden Regierungsmänner entnommen wurden, ist nur ausnahmsweise ein Staatsmann zu finden, weil in diesen eine Gedankenrichtung herrscht, welche allgemeinen und civilisatorischen Aufgaben fremd ist; da herrscht überwiegend das Interesse der Clique, dem der Staat und die Dynastie sich beugen sollen. Wahre Staatsmänner sind umstürzende und nie conservative Individuen, was wir in verkleinertem Maße an Andrassy sahen

Gewiß trifft die Regierungen, besonders jene des Grafen Taaffe ein Theil der Schuld an dem Anwachsen des Schönerer'schen Unfuges; aber jedes Land verdient seine Regierung, und im letzten Grunde haben die Deutschen durch Verkennung ihrer Staatsaufgabe diese politische Lage selbst herbeigeführt.

Doch ich möchte mir nicht nachsagen lassen, daß ich irgend eine Begründung oder Erklärung der factiösen Politik Schönerer's unbeachtet ließ: — „Nur wer den Staat direct bedroht und mit „allen Mitteln zum äußersten Umsturz treibt, erreicht in Oester„reich *etwas*; dies haben uns die Ungarn gelehrt." — So

ſagen die Deutſch-Radicalen, wodurch ſie für ihre Faction Rechtfertigung ſuchen. — Leider iſt ſehr viel Wahres daran; leider zeigte man ſich ſeit 40 Jahren ſtets ſchwach gegen die magyariſchen Aſpirationen, und dieſer Schwäche iſt zum Theil unſer gefährdeter Zuſtand zuzuſchreiben. Wir ſehen wieder, wie alle Hauptzüge unſerer Politik in letzter Linie in den Beziehungen der Reichshälften ihren Urſprung haben, und daß ich nicht mit Unrecht mit dieſen bei Beurtheilung der Sachlage anfieng, obgleich es die Ungarn gern hätten, daß man von ihrer beſonderen Staatlichkeit ausgehe und gleichſam die Beziehungen Oeſterreich's zu ihnen wie internationale betrachtet, was ſie nicht de jure und ſchon abſolut nicht de facto ſind.

Zugegeben alſo, daß die Ungarn ihre Politik vorwiegend durch die Schreckſchüſſe der Unabhängigkeitspartei und durch Lajos Koſſuth pouſſieren ließen. Ja, aber wer iſt denn Schuld geweſen, daß die Reichscentrale ſeit jeher ſchwach gegen Ungarn iſt; im letzten Grunde immer wieder die Deutſchen, welche ſie nie unterſtützt haben. Das iſt es ja, was wir im Verlauf dieſer Schrift geſchichtlich beweiſen wollten. Hätten die Deutſchen den Regierungen Macht geliehen und zwar in allen Richtungen ihres Auftretens, als Nation, als Culturträger, als Regierungsmänner und als Schöpfer der öffentlichen Meinung (Preſſe, Parlament u. ſ. w.) ſo wäre es nie zu all' dem Unheil im Reiche gekommen.

Nun aber fragen wir: Iſt denn die national-radicale Politik Schönerer's wirklich dasſelbe, was die magyariſchen Intranſigenten thun? — Mit nichten! Sie iſt etwas ganz anderes. Die Unabhängigkeitspartei war vom ſtaatlichen Standpunkte nie factiös; ſie hat Ungarn nie verrathen; ſie wirkt vielmehr auf eine utopiſtiſche Größe Ungarns hin. Die Deutſch-Radicalen verrathen aber Oeſterreich, und ſelbſt den Vorwand zugegeben: „daß man ſonſt nichts erreicht", unterſcheidet ſich die Schönerer'ſche Politik grundſätzlich von der, ſtreng genommen, ſtets loyalen Politik Daniel Iranyi's oder Gabriel Ugron's. Das große Geheimniß der ungariſchen Erfolge iſt eben, daß *nie ein Ungar den* Staat verrieth, ſondern daß dieſer ſtets der

Beweggrund aller Bemühungen war. Die Ungarn sind ihrem Könige getreu, weil sie Krone und Staat identificiren.

Wenn in Oesterreich keine klare Vorstellung über Identität des dynastischen und staatlichen Interesses besteht, so ist hieran der Adel und die deutsche Bureaukratie schuld, welche in verfänglicher Liebedienerei die Dynastie vom Staate trennen wollen. Seit Maria Theresia trifft keinen Träger der Krone auch nur der Schatten des Vorwurfes, diese zwei Wechselbeziehungen in ihrem naturgemäßen Zusammenhang verfälscht zu haben; sie vermochten nur nicht den Mangel des Staatsbewußtseins auszugleichen, weil sich dies im Gedankenbereiche des Volkes selbst vollziehen muß, wie uns dies am besten das ungarische, und um einen deutschen Stamm zu nennen, das preußische Volk zeigen.

Also die extremsten Magyaren handeln stets innerhalb des Staates und so mittelbar innerhalb des Reichsgedankens. Kann dies Schönerer von seinem Standpunkte auch sagen? -- In seiner Politik fehlt jedes Vermittlungsglied, er hat alle Brücken abgebrochen, welche seiner Politik je eine dem Staate überhaupt und den Deutschen im Donaureich ersprießliche Richtung eröffnen könnten. Seine Politik ist nach Innen und nach Außen nothwendig erfolglos, das schlechteste, was eine Politik überhaupt sein kann. Wenn wir aber die politischen Ziele Deutschlands in's Auge fassen, so ist seine Politik auch ein Verrath am Deutschthum, weil sie zu verhindern strebt, was die Deutschen vom Donaureiche für ihr politisches Gedeihen erwarten. —

Die Opposition, ja sagen wir die Obstruction, oder selbst der Aufruhr sind erklärliche, oft geübte und manchmal nützliche Mittel der Politik. Aber stets muß diesen jener Vermittlungsgedanke innewohnen, der für die Deutschen durch die Erinnerung an ihren Beruf als Gründer des Staates gegeben ist. Vergessen wir nicht, daß die Schönerer'sche Politik auch den Culturberuf der Deutschen vor den übrigen Nationalitäten des Donaureiches und vor der Welt schwer compromittirt hat. Man kann den Deutschen Vieles nachsagen, aber bis vor Kurzem nicht, daß *Brutalität vereint mit* Verläugnung jedes civilisatorischen Gedankens

und jeder Sitte die Devise der Deutschen war; vielmehr wurde ihnen nur allzu rücksichtsvolle, den Anstand hütende, nur zu lehrhafte Kampfweise vorgeworfen. Ihre Ueberlegenheit in der wissenschaftlichen Behandlung der concreten Fragen, in allgemein cultureller Gesinnung und civilisatorischer Absicht wurde von den anderen Nationalitäten auch anerkannt. Und heute haben Schönerer und Genossen dem unentwickeltsten Volksstamme des Donaureiches das Recht gegeben, zu spotten, wenn Deutsche ihren Culturberuf betonen. Gestützt auf die verführten, confusen Köpfe des Egerer Flußgebietes hat Schönerer dem deutschen Stamme schwer tilgbare Schande bereitet. Verwirrend haben sie auf gänzlich unbefangene Volkskreise gewirkt, welche nicht die geringste Vorstellung von den Zielen und Beweggründen politischen Handelns haben. Die Irregeleiteten finden sich zeitlebens nicht mehr zurecht, und das Volk bleibt manchmal durch Generationen politisch corrumpirt.

Welche Thorheit erübrigt noch, welcher Fehler wäre noch möglich, der in der Schönerer'schen Politik nicht enthalten wäre, um sie verwerflich und hoffnungslos zu finden? Keiner mehr! Sie enthält alles Ueble und beinahe nichts Gutes und nichts Vernünftiges. Zu diesem Zerrbilde einer nationalen Politik hat aber ein Volksgeist führen müssen, welchem trotz historischer Bestimmung jedes Staatsbewußtsein fehlt. Schon in der nörgelnden Rechthaberei eines Herbst und in der Steinwender'schen Monströsität von einer National-Partei, die auf jede Regierungsfähigkeit verzichtet, liegen die Keime der hoffnungslosen Brutalität Schönerer's.

Seine Politik hat im Falle ihrer Entwicklung nur einen natürlichen Abschluß: Das politische Chaos, einen allgemeinen Triumph des Panslavismus und dauernden Niedergang der deutschen Cultur im Südosten Europas.

Die Deutschen haben bisher alles gethan, um diesem Ziele entgegen zu eilen, sie haben ihren Gegnern alle Mittel und Beweggründe in die Hände gespielt, über die Gründer der Ostmark *zu triumphiren*. Die Schönerer'sche Politik ist der Wechselbalg *dieses Verhaltens*, und jede Partei, sowohl die clericale

als auch die liberale, hat, jede in ihrer Art, ihren Antheil an der Vaterschaft dieser Mißgeburt.

Was nun? —

Diesem düsteren Bilde, welches ein aufrichtiger Deutsch-Oesterreicher seinen Mitbürgern im Donaureiche mit Schmerz vorzuhalten sich gedrängt fühlt, steht wohl heute die Thatsache gegenüber, daß diese Deutschen theilweise d o ch zum Bewußtsein ihrer Nationalität gekommen sind. Es scheint wirklich in unserer Zeit, die alle Ideale in den Koth tritt, leider nicht möglich, das Bewußtsein dieses Verbandes verbreiten zu können, ohne den gemeinsten Trieben zu schmeicheln und die rohesten Formen anzuwenden. Sei es d'rum! — Geben wir zu, daß selbst die Ausschreitungen eines Wolf nothwendig waren, um das träge Blut der Deutschen aufzurütteln. Doch nun genug des Wahnsinns! — Es ist nicht Vorurtheil oder irgend ein ängstlicher Beweggrund, der erkennen macht, daß die Fortsetzung eines solchen Gebahrens den erwachten Nationalgeist wieder ersticken müßte. Nirgends zeigt sich trotz der Maßlosigkeit der Agitation eine verheißungsvolle Spur von zunehmender Einigkeit; fortgesetzt zeigt sich, daß Deutsche mit anderen Nationalitäten fraterniſiren, um nur ihr Specialprogramm zu fördern, heiße es nun Clericalismus, Antisemitismus, Fortschritt, Socialismus, oder sei es eines der zahllosen deutschen Kirchthurm-Programme. Die Entwicklung des deutschen Nationalgeistes ist bereits heute, trotz aller zur Schau getragenen Hartnäckigkeit, „in der Sackgasse". Weil er nicht tief und breit genug gründet, wird er sich rasch überlebt haben und vom nächsten Sturme geknickt. Das ganze nationale Erbe fiele dann den nordböhmischen Confusionsräthen zu, die von den Czechen an das Erzgebirge gedrückt würden.

Muß ich es wiederholen? — Bei der unter den Deutschen herrschenden Gewohnheit, Jeden zu verläumden, der irgend anderer Ansicht ist, wohl unerläßlich —: Nicht die äußerste Opposition, nicht die extremsten Forderungen sind es, die dem *denkenden Politiker* verwerflich erscheinen.

Im Gegentheile; mir erſcheint das Pfingſtprogramm der Deutſchen viel zu zahm, denn Oeſterreich braucht ein zielbewußtes, einheitliches Programm der Deutſchen. Mich erfüllen die föderaliſtiſchen Conceſſionen jenes Programmes an die einzelnen Fractionen mit tiefem Mißtrauen; denn ſie wurzeln wieder im Mangel an Staatsbewußtſein. Wenn es auch die Czechen einen „Fauſtſchlag" genannt haben, ſo dürften die Geſcheidteren unter ihnen doch herzlich gelacht haben über ein ſolches Manifeſt. Dieſes Programm trägt die ſchlechte Laune ſeiner Macher, ſich in ſchöner Jahreszeit mit ſolch' langweiligem Zeug beſchäftigen zu müſſen, an der Stirne. Nicht *ein* gemüthsbewegender Gedanke, kein nationales Ziel! — Woher ſollen dieſe auch kommen, wenn ſie dort nicht geſchöpft werden, wo allein Leitgedanken und Ziele ihren Urſprung finden können: im ſtaatlichen Beruf einer Nation! — Nein, nicht die Kampfesluſt der Deutſchen will ich miſſen; ich ſtachle ſie vielmehr auf zur vollen That im nationalen und ſtaatlichen Sinne. Erfolg hat in der Politik nie das Kleinliche, Halbe, ſondern nur das Große, Ganze, — wenn auch nicht ſofort, doch mit der Zeit. Wird auch nicht Alles erreicht, ſo bewegt ſich doch das Erreichte auf richtiger Bahn.

Die erſte Forderung jeder gedeihlichen Politik iſt, daß wenigſtens die Denker der Nation und ihrer intereſſengemeinſamen Anhänger die bisherigen Irrthümer einzuſehen ſtreben; denn nur die Selbſterkenntniß läßt hoffen, daß die Deutſch-Oeſterreicher ihre verhängnißvollen Fehler ablegen und eine erfolgreichere Richtung einſchlagen.

Die zweite Forderung iſt ſittlicher Natur. Die *Fractionen müſſen Verzicht üben, um der gemeinſamen Sache willen.* Nicht dadurch iſt man Deutſcher, daß man jeden anders denkenden Deutſchen beſchimpft — was heute die weſentlichſte Thätigkeit der Fractionen iſt —, ſondern indem jeder den Gedanken ehrt, der ihn mit ſeinem Volksgenoſſen einen kann. Alle Nationen thun dies, nur der Deutſch-Oeſterreicher ſucht ſeine ganze politiſche Kunſt im Gegenſatz zu ſeinen Nebenmenſchen. *Jede* Fraction befindet ſich in einem fortgeſetzten Reinigungs*proceß; da wird* das Blut, dort das Glaubensbekenntniß, da

ie Geschäftsusance, dort die Gesinnung, da die Abstammung, ort die Standesherkunft gereinigt. Die Fractionen werden dabei immer kleiner und zahlreicher; hinsichtlich der Zunahme an Reinheit spricht sich aber jede über die andere verneinend aus. Das ist unsittlich, barbarisch, gemein und politisch albern. Der letzte Huzule in den Karpathen würde dies an seinem Connationalen verachten.

Wenn man heute die zahlreichen Versammlungen deutscher Politiker überblickt, vermag man allerorts Folgendes zu constatiren: 1. Jeder Redner mahnt zur Einigkeit; 2. jeder Redner schimpft über die Abwesenden; 3. jeder Redner fügt dem bereits ausgesprochenen noch ein neues, weiteres Desiderium hinzu; 4. jeder Redner hält sein Desiderium für so wichtig, daß ohne seine Erfüllung der Staat untergehen muß. — Beachtet, Deutsche, alle echischen Versammlungen; da hört man nur einen Wunsch in erschiedener Betonung.

Damit aber die innere Einigung wirklich vor sich gehe, uß man nach jener Idee forschen, die überhaupt lle Deutschen einigen kann. Das politische rincip einigt sie nicht; denn hier bestehen die heftigsten Gegenitze des Rück- und des Fortschrittes. Das System einigt sie nur ofern, als durch die deutsche Führung im Donaureiche die llgemeine Entwicklung des Staates nach der centralistischen ichtung befördert wird; doch herrscht jedenfalls auch hier ancher Gegensatz. Wie wenig auch der nationale Gedanke llein im Stande ist, alle Deutschen zu einer rückhaltlosen ebereinstimmung zu bringen, haben wir bewiesen. Es erübrigt ur Eines: Die Deutschen einigen sich auf dem Boden der Staatsidee, ihrer 11hundertjährigen Bestimmung, der sie bisher chlecht und recht, aber überwiegend unbewußt gedient und häufig ewußt widerstrebt haben. Diese Staatsidee ist die Interssensolidarität der Volksstämme des Donaureiches unter deutscher Führung nd Cultur. Diese Idee, zum allgemeinen politischen, wenn uch noch so entfernten Ziel, zur Richtschnur in jeder Angelegenheit zu nehmen und anzuerkennen, wird mehr denn je eine

Forderung der politischen Weltlage. Diesen Einigungsgedanken nehmen einerseits die Deutsch-Clericalen an, es nehmen ihn auf der andern Seite selbst die Egerländer an, wenn sie bei ernüchtertem Verstande erkannt haben, daß sie von Oesterreich nur loskommen können, wenn sie auswandern und ihren Platz den Czechen überlassen. Die anderen Fractionen acceptiren mit mehr oder weniger Freudigkeit den Staatsgedanken, zum mindesten sehen sie im Staate das Mittel des wirthschaftlichen Gedeihens oder zur Wiedererlangung des Vortheiles, am Brotkorbe der Regierungspartei zu sitzen u. dgl. Da nun dieser Einigungsgedanke nach keiner Richtung den nationalen Gedanken alterirt, vielmehr demselben durchaus parallel läuft und, wie wir gezeigt haben, auch dasjenige befördert, was Deutschland wünscht, so ist der Staatsgedanke die beste Stütze des nationalen Gedankens, so daß sich dieser durch den großen politischen Beruf der Deutschen im Donaureiche entwickeln kann.

Auf dieser Grundlage vermag es auch die deutsche Intelligenz und bürgerliche Tüchtigkeit, welche sich vor dem brutalen und aussichtslosen Kampf der jüngsten Vergangenheit zurückzog, sich wieder an der politischen Thätigkeit zu betheiligen und zwar vorwiegend zu Gunsten der arg vernachlässigten volkswirthschaftlichen, socialen und überhaupt civilisatorischen Aufgaben, die dringend ihrer Lösung harren.

Natürlich, im Rahmen eines solchen national-staatlichen Programms ist kein Platz für Schönerer. Ist er wirklich der deutschen Nation ergeben und nicht blos persönlichen Interessen und Leidenschaften, dann wird es auch ihm vielleicht möglich, den Pfad zum positiven Wirken zu finden, sei es auch auf Grund des radicalsten Nationalismus. Den Deutschen thut so eine Partei, unter der Voraussetzung, daß sie auf dem Staatsgedanken steht, dringend noth. Sie kann für die Deutsch-Oesterreicher das werden, was die 48er-Partei für die Ungarn ist, ein nationaler Sauerteig, der sie vor erschlaffendem Opportunismus bewahrt. Vermag diese Partei das zu thun, dann wird der Deutsch-Oesterreicher dem Wolf ein dankbares Andenken bewahren.

für seine, wenn auch nicht nachahmungswürdige, doch muthvolle Vertheidigung des Deutschthums in Oesterreich.

Heute besitzt das deutsche Volk keinen Staatsmann und keinen Volksführer; die deutschen Parteien wären gar nicht im Stande, ein regierungsfähiges Ministerium aufzustellen; Niemand besitzt die Autorität, im Namen des deutsch-österreichischen Volkes zu sprechen. Nicht der Mangel an Talenten oder Charakteren ist es, was dies verschuldet, sondern daß sich diese von der Staatsidee nicht leiten lassen. Mit ihr werden die Männer erstehen, die heute so schwer vermißt werden. Denn das ist es, was man die Persönlichkeit des Politikers, ja des Menschen überhaupt nennt, die scharf ausgeprägte Hingabe an eine richtig erfaßte Idee; diese Charakteristik ist einem Bismarck, einem Goethe eigen gewesen.

Ausblick.

Blicken wir auf eine solche Zukunft, welche von ungeheurer Bedeutung für das civilisatorische Gedeihen Mitteleuropas, für die Zukunft des deutschen Volkes im allgemeinen und für eine neue Blüthe des Donaureiches wäre, so müssen wir sofort gestehen, daß auch die günstigste Sachlage: eine wirkliche Einigung der Deutschen auf Grund der österreichischen Staatsidee, keineswegs eine rasche Besserung der öffentlichen Verhältnisse erwarten läßt. Allzu verhetzt sind die Deutschen unter sich und die anderen Nationalitäten gegen diese. Aber es ist ein sociologisches Gesetz, daß ein richtiger Hauptzug in der Politik nach allen Richtungen ordnend und ebnend wirkt.

Vor allem muß hervorgehoben werden, daß der principielle Kampf um Fortschritt oder Conservativismus die Gegenwart keineswegs so beherrscht, wie das vergangene 19. Jahrhundert. In den meisten Staaten Europas bemerken wir vielmehr eine Vorherrschaft des wirthschaftlichen Kampfes, welcher nur indirect Fragen des politischen Princips tangirt. Das 19. Jahrhundert hat in der Befreiung der Völker vom staatlichen Zwange so viel angebahnt, daß die bezüglichen Institutionen, wenigstens am Continent, noch nirgends zu einer durchgreifend fruchtbringenden Anwendung gelangt sind; im Gegentheile, es macht sich allenthalben

eine Stauung in ihrer Wirksamkeit geltend. Grund genug, daß sich die Völker nunmehr ganz der Consolidirung des Vorhandenen auf dem Wege cultureller und civilisatorischer Arbeit hingeben. Das ist es, was die Deutschen zur Einigung brauchen: ein Zurückstellen principieller Reformen, was in Oesterreich umso leichter ist, als das provinzielle Verfassungsleben die Reibungen in der Anwendung der Rechtsinstitutionen mindert.

Wenn ich auf Deutschland blicke, wo das clericale Centrum herrscht und Kaiser Wilhelm II. sich als eine Stütze der Kirche erklärt, so will es mir scheinen, daß sich der früher so lebendige Gegensatz zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Deutschthum als Hort des Protestantismus überlebt hat. Wer in das philosophische Wesen unserer Zeit und besonders der Zukunft einen tieferen Blick zu thun vermag, wird finden, daß die confessionellen Gegensätze, insoweit sie religiöser Natur sind, überhaupt verblassen. Heute ist die Confession überwiegend eine politische Angelegenheit, und als politische Individualität ist die römische Kirche dem Protestantismus weit überlegen; daher ihre Erfolge. Unter solchen Umständen ist es ein Anachronismus, daß die Clericalen im Deutschthum noch immer einen unversöhnlichen Feind der Kirche bekämpfen. Der Protestantismus thut der römischen Kirche nichts mehr zu leide; denn alle Kirchen und Confessionen haben einen gemeinsamen Feind: das ist die mit dem Indifferentismus fortschreitende Verweltlichung aller confessionellen Interessen, wonach es mit der Zeit wohl Kirchen und Confessionen — aber keine Religion mehr geben wird, eine Erscheinung, die wir aus dem Abschluß des Alterthums kennen. Die „Los von Rom"-Episode der Deutsch-Radicalen ist das Beispiel einer confessionellen Bewegung ohne religiösen Inhalt. Die deutschen Clericalen stehen daher ihrem Interesse selbst im Wege, wenn sie sich des Deutschthums in Oesterreich nicht annehmen. Mich wundert, daß die Jesuiten, diese politischen Köpfe der Kirche, dies nicht längst erkannt haben. Also auch hier nähert zuerst der Staatsgedanke die Parteien, um dann auch zur nationalen Einigung zu führen.

Wenn sich die Juden mehr dem Staatsgedanken

wenden, werden auch sie nicht mehr eine Vorherrschaft durch die Eindämmung anderer Confessionen und allseitige Bevorzugung ihrer engsten Interessen anstreben; bei ihrer Klugheit werden sie, sowie die ungarischen Juden, einsehen, daß eine große Handelspolitik des aufstrebenden Donaureiches den wirthschaftlichen Gewinn vervielfacht, daß ein nach Innen und Außen kräftiges Staatswesen, gestützt auf ein kräftiges Volksthum, dem freiheitlichen Fortschritte näher steht, als die allem Schaffen ungünstige Krise der Gegenwart.

In ähnlich klärendem Sinne wird die Beachtung des Staatsgedankens auf die Beziehungen der Nationalitäten einwirken. Wie sehr ist die Sprachenfrage dadurch vergiftet worden, daß immer nur die Sonderwünsche der nationalen Heißsporne und Geschäftspolitiker einander gegenübergestellt wurden, daß insbesonders die Regierungsmänner (gewöhnlich Deutsche) in dieser Angelegenheit nie das Bedürfniß des Staates an sich und als Verkehrsgebiet offen für die nothwendige Grundlage zu einer gesunden Lösung erklärten, daß überhaupt nie der praktische Nutzen der einzelnen Sprachkenntnisse gewürdigt wurde, sondern immer nur mit dem für die Sprachenfrage gänzlich unbrauchbaren und schemenhaften Begriffe der nationalen Gleichberechtigung gearbeitet wurde — von dem gleichfalls postulirten Principe einer „Gleichwerthigkeit" der Sprachen ganz zu schweigen!

Die deutsche Sprache ist eine Weltsprache; ihr Verkehrsgebiet hat jenes der einzelnen romanischen Sprachen bereits überholt. Wenn daher ein Bewohner des Donaureiches nebst seiner Muttersprache deutsch lernt, so hat er etwas gewonnen, was seine Ausbildung, Brauchbarkeit und Verkehrsfähigkeit steigert; wenn hingegen der Deutsche eine dieser Nationalsprachen lernt, so hat er, abgesehen vom Italienischen, im Allgemeinen nichts, im Besonderen wohl aber für den inneren Verkehr gewonnen.

Die deutsche Sprache ist die Vermittlungssprache im Donaureiche, dazu braucht sie kein Gesetz erst zu machen; wohl aber muß ein Reichsgesetz den behördlichen Gebrauch derselben regeln und ihre allseitige Kenntniß als das Bedürfniß jeder Nationalität sicherstellen. Dann

wird es leicht und ebenso nothwendig sein, daß im engeren Verkehre jedes Kronlandes die Landessprache überall ihr gesichertes Verständniß, ihre rechtliche Anerkennung und geordnete Anwendung finde. Jeder Schritt, den die Staatssprache extensiv gewinnt, gewinnen intensiv die Landessprachen zurück, wodurch eine reichere Kenntniß mehrerer Sprachen, als Lebenselement für jeden Bewohner des Donaureiches, um sich greifen wird. Denn die Kenntniß einer Sprache benimmt den wichtigsten persönlichen Grund, dieselbe zu bekämpfen. Diese Vortheile werden aber nur durch die Stipulirung der Staatssprache erreicht; denn nur diese sichert die Deutschen vor Ueberfluthung durch die anderen Nationalitäten; umgekehrt können sie aber dann die provinzielle Amtsgiltigkeit der landesüblichen Sprachen nicht zurückweisen. Dies ist der einzige Weg zur Versöhnung, wobei die Bedürfnisse des Reiches und des Verkehres gesichert sind, Jedermann intellectuell und praktisch gewinnt und die wirkliche, wenn auch nicht theoretische Gleichberechtigung zur Geltung kommt. Der Rest der Forderungen wurzelt im streberischen Eigennutz der Parteiführer.

Dieses Sprachgesetz ist durchführbar, wenn der Deutsch-Oesterreicher in einer richtigen Auffassung der Reichsidee Galiziens Autonomie und die Nothwendigkeit der südslavischen Einigung anerkennt, — beides unbeschadet der Staatssprache.

Da aber die Frage der Staatssprache nur aus dem Standpunkte des Interesses des Donaureiches verlangt werden kann — weil sie sonst eine bloße Bevorzugung der Deutschen wäre — so muß in dem Parteiprogramme derselben sofort als volkswirthschaftliches Ziel, in Uebereinstimmung mit Ungarn, die handelspolitische Herrschaft auf der Balkanhalbinsel hingestellt werden.

Doch ich würde dem Werthe meiner Schrift nur schaden, wollte ich mich in die Einzelnheiten der deutsch-österreichischen Politik verlieren. Hier handelt es sich darum, den Hauptzug derselben hervortreten zu lassen. Wer das geringste staatsmännische Fühlen hat, weiß, daß die Nebenfragen ihre richtige Beantwortung finden, wenn nur die Hauptfrage richtig gelöst wird. Weil *bei uns immer* nur Nebenfragen behandelt werden, und der

Hauptsache ängstlich aus dem Wege gegangen wird, sind wir dahin gelangt, wo wir stehen. Ein deutsch-österreichisches Volk, das sich in seinem politischen Berufe gefunden hat, bringt diese Hauptfrage zur Lösung; vor seinem einigen Wollen versinken die Machinationen und die kleinliche Regierungskünstelei jener Fraction, der nach ihren Worten die Monarchie, nach ihren Handlungen aber nur ihr Sonderinteresse über Alles gilt. Die feudale Fraction ist es, welche die Nationalitäten nach dem alten Grundsatze divide et impera unter sich verfeindet; sie ist es, welche der reichsgesetzlichen Regelung der Sprachenfrage durch Bevorzugung der länderweisen Regelung im Wege steht, weil sie nichts mehr fürchtet, als eine Gesundung des Staates, eine Versöhnung der Völker. Diese Fraction, die stets, wie der Bock zum Gärtner, an die Spitze der Regierung gestellt wird, versinkt, sobald die Deutschen vollbewußte, einige Oesterreicher geworden sind.

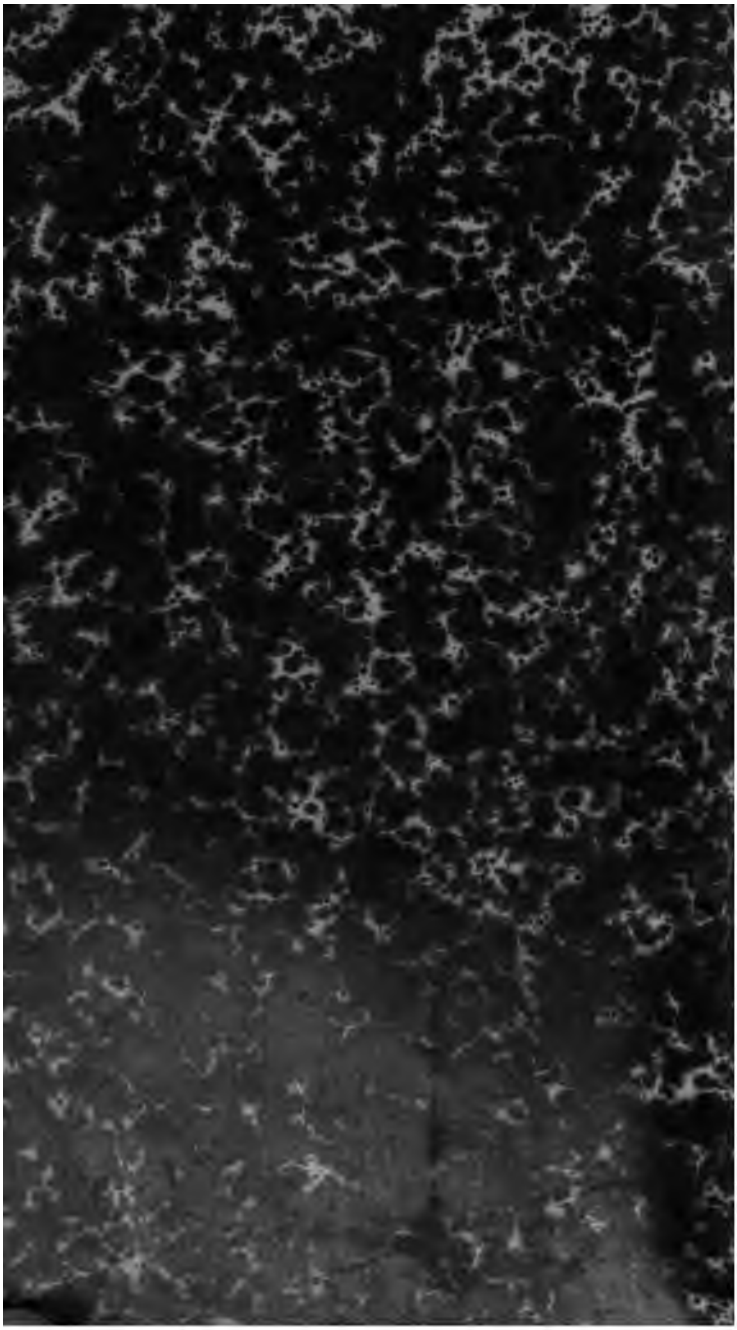
Das Reichssprachgesetz ist der Angelpunkt der künftigen Politik. Ein Staatsmann, der den Muth hat, ein solches durchzusetzen, erwirbt sich den Ruhm der Neuerrichtung Oesterreichs. Ideen, Energie und Muth! Drei Erscheinungen, der österreichischen Regierungskunst bisher unbekannt, würden schon an sich Wunder wirken; die Völker würden sich vor Ueberraschung gar nicht zu fassen wissen und, freilich erst nach manchem politischen Strauß, etlichen Auflösungen der Vertretungskörper u. dgl., zur Besinnung kommen, daß es für sie wichtiger sei, zu gedeihen, als der Eitelkeit ihrer Parteiführer einen Narren abzugeben. — — —

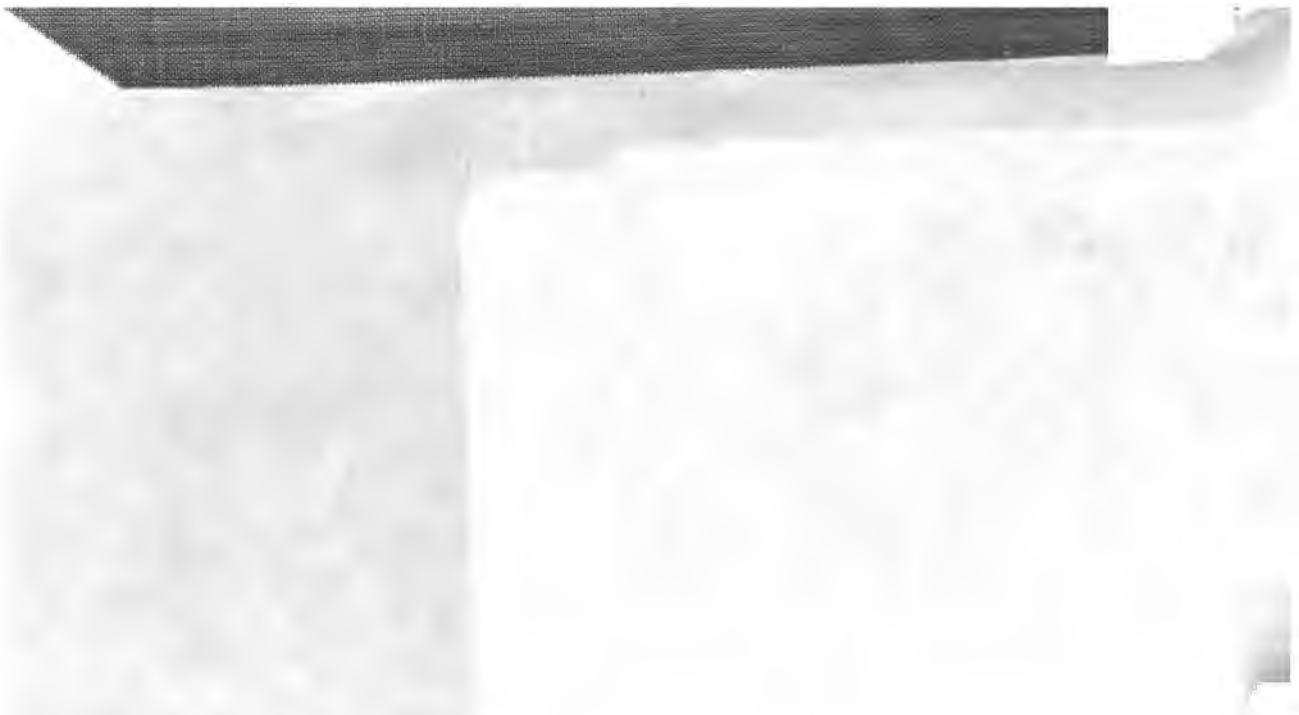
Auf der Grundlage des Staates, auf der Grundlage wirthschaftlichen Gedeihens lösen sich die Knoten, welche der politische Kampf geschürzt hat; denn auf solchen Grundlagen kommt der einzelne Staatsbürger aus seinen suggerirten Leidenschaften heraus zur Besinnung dessen, was ihm wahrhaft frommt. Denn auch heute ist wahr, was vor 21 Jahren geschrieben wurde, wenn es auch damals an der Entwicklungsrückständigkeit des Volkes keinen Widerhall finden konnte: „Die Brüderlichkeit in der culturellen Arbeit ist es, welche allen Nationalitäten des Donaureiches die Interessensolidarität zur Erkenntniß bringt.“*)

*) *Renehr*, „Im Donaureich“ (Prag 1877/78), II. Band, S. ?

Niemand wird mir vorwerfen, daß ich den Deutsch-Oesterreichern geschmeichelt habe. Das kann man aber nicht, wenn man einerseits dieses Volk liebt und andererseits dessen Zukunft nur im Staatsgefühle sieht; denn der Deutsche hat sich zu sehr vergangen gegen seinen Staat, gegen seine politische Bestimmung. Wenn es mir nur gelungen ist, in wenigen, ernsten Männern die Ueberzeugung anzuregen oder zu kräftigen, daß das Beste der Deutschen vom Gedeihen des Donaureiches unzertrennlich ist, — in Männern anderer Nationalität die Ahnung zu erwecken, daß das Donaureich und alle seine Völker nur im Zusammenwirken und nicht im Vernichtungskampfe unter sich gedeihen können!

Den Deutschen aber rufe ich schließlich die Mahnung zu: „Es ist die höchste Zeit, daß Ihr Eurer Bestimmung als Gründer des Donaureiches eingedenk werdet; Ihr steht abermals vor einer schweren Prüfung, doppelt schwer, weil Euch ein Scheinerfolg geworden ist, der Euch im Irrthume zu bestärken geeignet ist. — Vermögt Ihr Euch nicht zu ermannen, verharrt Ihr noch einige wenige Etappen des politischen Verlaufes auf der bisherigen Bahn: dann ist Euer Schicksal besiegelt: Unrettbar verfällt Ihr dem kommenden Andrange des anschwellenden Ostens!“ —





JN 1653 .W3 C.1
Was wollen, was konnen, was so
Stanford University Libraries
3 6105 037 490 997
W3

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.